Unser NRW.
Mutig. Herzlich. Gerecht.

Programm zur Landtagswahl am 9. Mai 2010.

Wahlprogramm 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Eine folgenreiche Weichenstellung 03

I. Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW 04

II. Gute Arbeit für alle 09
Gute Arbeit schaffen (09), Ausbildung und Qualifizierung für alle (10), Neue Arbeit durch Innovation (11), Betriebs- und Personalräte und ihre Mitbestimmung stärken (12), Selbstständige besser absichern (12), Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern (12), Datenschutz ist Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (13)

III. Beste Bildung für alle 13
Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere Bildungsausgaben (13), Eine neue Schul- und Lernkultur (14), Bildung von Anfang an (14), Länger gemeinsam lernen (15), Die Gemeinschaftsschule – Schule der Zukunft (15), Schulen werden zu Häusern des Lernens und des Lebens (15), Abitur nach 12 und 13 Jahren (16), Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen (17), Inklusion als Ziel (17), Zukunftsweisende Lehrerausbildung (17), Unser Sofortprogramm für bessere Bildung (18), Gute Hochschulen (18), Unsere vorrangige Ziele für die Hochschulen (19), Weiterbildung gewährleisten (21)

IV. Ökologisches Wachstum und Innovation 22
Die Menschen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns (22), Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft (22), Fortschrittsmotor Klimaschutz (23), Leitmärkte für ökologische Industriepolitik (24), Sofortprogramm Klimaschutz (25), Innovative Politik für eine gute Zukunft (27), Kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und Handwerk als Beschäftigungsmotor (27), Unwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen (28), Lärm und Feinstaub reduzieren (28), NRW als Wasserland Nr.1 – Masterplan Wasser NRW umsetzen (29), Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren (30), Biologische Vielfalt schützen (31), Den Tierschutz verbessern (32), Verbraucherinnen und Verbrauchen schützen und ihre Rechte sichern (33), Verkehrespolitik (34), Luftverkehr (36)

V. Solidarische Gesellschaft 37
Familie ist da, wo Kinder sind (37), Kinderarmut überwinden (37), Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel gestalten (38), Das solidarische Gesundheitswesen sichern und stärken (40), Politik für Menschen mit Behinderung (42), Gleichberechtigt leben (42), Integration voranbringen (43)

VI. Eine gemeinsame Kultur 44
Kulturelle Teilhabe für alle (44), Sicherung der finanziellen Grundlagen (45), Eine Kultur wechselseitiger Anerkennung (46), Sport ist Teil unserer Alltagskultur (46), Medienpolitik für die Demokratie (47), Digitale Teilhabe und Sicherheit (47)

VII. Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen 50
Kommunale Demokratie stärken (50), Kommunalfinanzen in Ordnung bringen (51), Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik (52), Der Staat als Partner der Bürger (54), Wohnen braucht Sicherheit (54), Stadt und Land – neue Allianz für die Zukunft (55), Ehrenamt ermöglicht soziales Leben (57), Kirchen und Religionsgemeinschaften (57), Gemeinsam gegen Rechts (58), Direkte Demokratie stärken (58), Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen (58), Mitbestimmung stärken (59), In Sicherheit und Frieden leben (59), NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt (61), Eine-Welt-Politik gestalten (62), In NRW den Wechsel wählen (63)

Aufruf: Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen 65

Eine folgenreiche Weichenstellung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Land gemeinsam mit seinen Menschen über Jahrzehnte erfolgreich gestaltet. Mit Hannelore Kraft werden wir eine Ministerpräsidentin stellen, die als Nachfolgerin erfolgreicher sozialdemokratischer Ministerpräsidenten wie Johannes Rau menschliche, glaubwürdige und nachhaltige Politik wieder möglich macht.

Gemeinsam haben wir Sozialdemokraten und die Bürger unseres Landes den schwierigen Strukturwandel gemeistert. Nordrhein-Westfalen war ein Land von Kohle und Stahl, heute ist es ein Land mit Kohle und Stahl. Dabei haben wir Arbeit und Umwelt nie als Gegensatz begriffen. Die Förderung zukunftsweisender Umwelttechnologien haben wir als Jobmotor genutzt. Früh haben wir die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa geschaffen. NRW ist ein Land des ökologischen Fortschritts und des Wissens geworden. Als Wissens-, Industrie- und Exportregion sehen wir uns politisch wie geografisch in der Mitte Europas. Die Chancen Europas müssen wir in NRW jedoch stärker nutzen.

Wir haben in die Stärke unserer Städte und Gemeinden investiert. Vor Ort konnten sich die Menschen auf ein tragfähiges soziales Netz verlassen und Lebensqualität im Alltag erfahren. Unsere Verteidigung der Bürger- und Freiheitsrechte hat das Land geprägt.

Nordrhein-Westfalen war bis vor kurzem das soziale Gewissen der Bundesrepublik. Unter den CDU-FDP-Regierungen in Land und Bund ist das soziale Klima in unserem Land kälter geworden. Der Ausstieg aus dem Prinzip der Solidarität hat begonnen, immer größere Teile der sozialen Sicherheit sollen privatisiert werden. Viele Menschen erleben dies tagtäglich. Sozialer Aufstieg wird für immer mehr Menschen zu einem Ziel, das sie nicht mehr erreichen können. Das werden wir ändern.

Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder zu einer Wir-Gesellschaft wird, in der nicht die stärksten Ellenbogen zählen, sondern ein faires Miteinander aller. Die Solidarität der Generationen und soziale Gerechtigkeit müssen die entscheidenden Maßstäbe unseres Zusammenlebens werden. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind verlässlich und haben einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit.

Nordrhein-Westfalen war und bleibt eine Einwanderungsregion. Die Zukunft unseres Landes ist ohne die Einwanderer und ihre Kinder nicht denkbar. Wir sind die Partei, die als erste eine konsequente Integrationspolitik angepackt hat. Wir setzen alles daran, dass die soziale und ethnische Herkunft nicht mehr die Lebenschancen eines Menschen bestimmt.

Wir wissen, dass der Landespolitik Grenzen gesetzt sind. Aber sie hat auch große Spielräume. Wir sind entschlossen, sie tatkräftig für eine neue Politik zu nutzen. Ebenso wichtig aber ist, dass sich die im Bund gesetzten Rahmenbedingungen durch die falsche schwarz-gelbe Politik nicht weiter verschlechtern. Sie zielt, wie ihre verantwortungslose Steuerpolitik zeigt, auf eine nachhaltige Schwächung der Handlungsfähigkeit des Staates. Die milliardenschweren Steuergeschenke für die Reichen, die in Berlin schon fest eingeplant sind, werden durch umfassenden Sozialabbau bezahlt werden, wenn sich Schwarz-Gelb durch die Wahlen in NRW

bestätigt fühlen und damit auf eine verlässliche Mehrheit im Bundesrat stützen könnte.

Dazu darf es im Interesse der Bürger unseres Landes und der gesamten Republik nicht kommen. Es geht um die Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates für eine solidarische Gesellschaft, für eine menschengerechte Sozialpolitik und für ökologischen Fortschritt. Die Landtagswahlen in NRW haben daher eine große strategische Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

I. Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW

Die Fliehkräfte werden stärker
Nordrhein-Westfalen steht vor einer wichtigen Entscheidung, vor einer Weichenstellung: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie schaffen wir wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand, ohne faire Teilhabe und soziale Sicherung preiszugeben? Wie verbinden wir Leistung und Gerechtigkeit? Kurz: Wie gewinnen wir eine gute Zukunft?

Nordrhein-Westfalen ist ein reiches Land - reich an wunderschönen Landschaften, vielfältigen Regionen, lebenswerten, pulsierenden und sicheren Städten. Aber vor allem ist es reich an sympathischen und fleißigen Frauen und Männern, die anpacken können und das Herz auf dem rechten Fleck haben. Die Sozialdemokratie in NRW macht eine Politik, die zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes passt – leistungsbewusst und solidarisch.

Immer mehr Menschen erkennen, dass das Wertegefüge in unserem Land in eine Schieflage geraten ist. Gier und purer Egoismus breiten sich aus. Die Fliehkräfte in der Gesellschaft werden stärker, Solidarität und Mitmenschlichkeit werden schwächer. Unser Regierungsprogramm richtet sich deshalb an alle, die unser Land wieder gerechter und menschlicher machen, die soziale Fairness und gesellschaftliche Solidarität stärken wollen.

Die Zahl der großen Vermögen wächst. Zugleich steigt die Zahl der Armen ständig, insbesondere die der armen Kinder. Die Mitte unserer Gesellschaft ist bedroht, immer mehr ihrer Angehörigen fürchten den sozialen Abstieg. Die Zahl der Bedürftigen nimmt zu, sozialer Aufstieg wird immer schwieriger.

Verlust der Zukunftsperspektive
Die Mittelschicht, die die alte Bundesrepublik geprägt hat, rang um sozialen Aufstieg durch Fleiß und eigene Leistung. Sie hat sich angestrengt, hart gearbeitet, für ein Häuschen gespart, sich in Vereinen engagiert, sich selbstbewusst soziales Ansehen erworben. Das Wichtigste aber war ihr, dass es ihre Kinder noch besser haben sollten, durch bessere Bildung, durch eigene Anstrengungen, durch die Wahrnehmung von Chancen, die ihnen eine faire Gesellschaft bietet. An diesen Hoffnungen hat sich auch heute nichts geändert, aber sie werden immer seltener erfüllt.

Viele Menschen in unserem Land sehen keine Zukunftsperspektiven für sich und vor allem für ihre Kinder. Für viele ist der Weg zum Aufstieg versperrt, weil es keine Chancengleichheit gibt. Dies gilt nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund. Wir sind auf dem Weg in die blockierte Gesellschaft. Im nordrhein-westfälischen

Schulsystem kommen neun Absteiger auf nur einen Aufsteiger. Auf der Bildungsleiter in Nordrhein-Westfalen gibt es fast nur noch eine Richtung: nach unten!

Gescheiterte Schulpolitik
Wir haben nicht alles richtig gemacht, aber die „neue“ Schulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist gescheitert. Das ist das vernichtende Urteil fast aller Betroffenen. Viele Eltern fragen inzwischen: "Was tut ihr unseren Kindern an?" Viel zu viele Schülerinnen und Schüler bleiben auf der Strecke. Sie sind dem Druck und dem neuen Tempo nicht gewachsen. Eltern verzweifeln an den verbindlichen Grundschulgutachten, die Kinder schon mit neun Jahren in Schubladen einsortieren, aus denen sie nicht mehr herauskommen. Diese Kinder sitzen dann in viel zu großen Klassen ohne die nötige Förderung.

Viele verzweifeln an der Umsetzung des Turbo-Abiturs, die dazu führt, dass Kinder kaum noch Kindheit haben, weil der Stress die Lebensfreude frisst. Für viele Jugendliche schließt sich die frustrierende Suche nach einem guten Ausbildungsplatz an, die viel zu oft in Warteschleifen endet. Aber auch im Studium werden die jungen Menschen dem Turbo-Druck einer falschen und fatalen Umsetzung der Bachelor- und Master-Studiengänge ausgesetzt. Dazu kommt die finanzielle Schraubzwinge durch Studiengebühren.

Wir müssen diesen Druck wieder von unseren Kindern und Jugendlichen, aus unseren Familien, nehmen. Wir sind uns mit der großen Mehrheit der Bildungsexperten einig: Was unsere Kinder wirklich brauchen ist eine gute Ganztagsbetreuung, längeres gemeinsames Lernen und ein Bildungssystem ohne Hürden. Wir werden die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule in Nordrhein-Westfalen verwirklichen.

Unsichere Arbeitsverhältnisse
Aber selbst für die, die es schaffen, gibt es keine Sicherheit mehr: Eine gute Ausbildung, ein erfolgreiches Studium sind heute keine Garantie mehr für eine gesicherte berufliche Perspektive. Die Generation Praktikum wird über Zeitverträge, Mini-Jobs oder andauernde Praktika in oftmals jahrelange Warteschleifen ohne klare Perspektive geschickt. So geht die Sicherheit in unserer Gesellschaft verloren. Unsichere Arbeitsverhältnisse, dies betrifft oft auch für Menschen mit qualifiziertem Bildungsabschluss, zunehmender Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit sowie eine Lohnspirale nach unten prägen zunehmend den Arbeitsmarkt. Die Qualifikationen und Kompetenzen vieler Einwanderinnen und Einwanderer werden oft nicht anerkannt. Sie stehen überproportional in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Das Normalarbeitsverhältnis droht zur Ausnahme zu werden.

Es geht auch anders: Während fast alle Kapitalgesellschaften in den vergangenen Jahren ihre Belegschaften in Deutschland reduzierten, haben die kleinen und mittelständigen Familienunternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese langfristig denkenden Unternehmer, für die Leistung und Verantwortung zählen, haben ihre Zusagen eingehalten. Auch in Krisenzeiten bemühen sie sich, ihre Belegschaften zu halten. Denn sie wissen: Ihre Innovationskraft ziehen sie aus dem Wissen, der Kreativität und Erfahrung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Statt allein auf die kurzfristige Steigerung der Rendite zu schauen, planen Familienunternehmen langfristig. Im Gegensatz zu vielen managementgeführten

Unternehmen betrachten sie die Zahl ihrer Mitarbeiter nicht ausschließlich als Kostenfaktor.

Ebenso entscheidend für den Unternehmenserfolg ist die dauerhafte Sicherung von Arbeitnehmerrechten - gerade in Zeiten der Globalisierung. Soziale Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden mit der Teilhabe und Mitsprache von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen. Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Personalvertretung, Tarifautonomie, Kündigungsschutz und moderner Arbeitsschutz charakterisieren den sozialen Fortschritt. Er steht der technischen Innovation nicht im Wege, sondern treibt sie voran. Es ist erwiesen: Die Arbeit von Betriebs- und Personalräten wirkt sich positiv auf Produktivität, Flexibilität und Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Verwaltung aus.

Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise ist das politische Ergebnis einer Ideologie, in der nicht die Menschen im Mittelpunkt stehen, sondern die Maximierung von Profit. Wir wollen dem Einfluss dieses marktradikalen Denkens auf die Politik ein Ende setzen. Die Wirtschaft muss wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt. Wir Sozialdemokraten wissen: Der Markt ist ein schlechter Herr, aber er kann ein guter Knecht sein.

Der sozialdemokratische Dreiklang
Zukunft gestalten bedeutet, technologische und wirtschaftliche Innovationen in Einklang mit sozialem und ökologischem Fortschritt zu bringen. Innovationen und Technologie sind kein Selbstzweck, sondern Mittel im Dienst von Menschen, Arbeit und Umwelt. Klimaschutz ist keine Bedrohung, sondern eine große Chance für Wirtschaft und Forschung in unserem Lande. Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke und erneuerbare Energien schützen das Klima, senken die Kosten und sichern Arbeitsplätze.

Der Dreiklang von wirtschaftlicher Dynamik, ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in NRW. Wir werden den Klimaschutz zum Fortschrittsmotor machen.

In der einzigartigen nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft liegen vielversprechende Potenziale, die wir gemeinsam mit den in ihr Tätigen und den Unternehmen nutzen werden, um soziale und ökologische Innovationen zu fördern. Wir haben gezeigt, wie in einem gemeinsamen Kraftakt derart große und wichtige Prozesse im Sinne der Menschen in NRW politisch gesteuert werden können. Unsere Erfolge bei der Gestaltung des Strukturwandels in diesem Land sprechen für sich.

Für eine faire Gesellschaft
Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft gestalten, eine Gesellschaft der fairen Regeln, in der Leistung sich auszahlt und Grundlage für eine sichere Existenz ist. Eine Gesellschaft, die auf der Basis wirtschaftlicher Stärke Gute Arbeit und Beste Bildung für alle ermöglicht. Eine leistungsstarke, solidarische und gerechte Gesellschaft, die einen handlungsfähigen Staat zum Partner hat.

Steuern senken und Staatsausgaben gleichzeitig kürzen um Haushalte zu konsolidieren ist bisher in keinem Staat erfolgreich gelungen. Die Bürger in NRW erwarten für ihre bezahlten Steuern qualifizierte und nachhaltig gesicherte

Dienstleistungen des Staates und der Kommunen ohne zusätzliche Beiträge oder Gebühren. Das gilt insbesondere für Bereiche vom Kindergarten über die Schulen bis hin zu den Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft.

Eine solche Perspektive für unser Land verlangt eine neue Politik. Wir haben die Kraft und den Mut, Strukturen zu verändern, statt die Menschen zu vertrösten, Almosen und Gutscheine zu verteilen und ihnen damit ihre Würde zu nehmen.

Wir werden sofort umfassend in die Betreuung von Kindern und die Unterstützung von Familien investieren, statt später hohe Kosten für Sozialarbeit oder gar Strafvollzug aufzubringen. Wir werden durch die schwarz-gelbe Landesregierung erfolgte Kürzungen bei Arbeitslosenberatungsstellen, Frauenhäusern und im Landesjugendplan rückgängig machen.

Wir werden jetzt großzügig in frühkindliche Bildung investieren, um nicht später für die Verlierer unseres Bildungssystems vielmehr aufwenden zu müssen.

Wir werden längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und in gute und moderne Schulen investieren, auch um nicht Verlierer im globalen Wettbewerb zu werden.

Wir kämpfen für Gute Arbeit mit gerechten Löhnen, damit sich nicht Millionen Menschen auf dem Amt einen staatlichen Lohnzuschuss holen müssen, um über die Runden kommen zu können.

- Wir kümmern uns heute nachhaltig um saubere Luft, sauberes Wasser und eine intakte Umwelt, damit nicht zukünftige Generationen mit gigantischen Kosten Umweltschäden reparieren müssen, sofern das dann überhaupt noch möglich ist.

Wir legen mit diesem Programm unser Zukunftskonzept für Nordrhein-Westfalen vor. Wir wollen gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit unseres Landes eine gerechte Gesellschaft gestalten. Gemeinsinn und Fairness müssen wieder Vorrang haben. Wir stärken das 'Wir-Gefühl' und überwinden die 'Ich-Gesellschaft'. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Markt. Wir wollen eine Gesellschaft, von der die Menschen sagen: "Wir in Nordrhein-Westfalen halten zusammen!"

Eckpunkte unseres Zukunftskonzepts

▶ Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen und Abstiegsängste überwinden: Die Schere zwischen Arm und Reich muss wieder geschlossen werden. Die sozialen Fliehkräfte in unserer Gesellschaft müssen gestoppt werden. Wir wollen die Armut im Lande überwinden, vorrangig die von Kindern.

▶ Wir wollen die Beste Bildung für alle: Kein Kind darf zurück bleiben. Herkunft und soziale Situation dürfen nicht länger darüber entscheiden, ob ein Kind alle seine Talente und Möglichkeiten entfalten kann. Mehr Menschen müssen einen qualifizierten Bildungsabschluss erreichen. Wir werden Aufstieg über Bildung wieder möglich machen.

▶ Wir wollen die Integration voranbringen: Wir werden die Bedingungen für das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in unserem Land verbessern, in der Arbeitswelt, der Bildung, beim Wohnen, in der Gesellschaft und bei der politischen Teilhabe.

▶ Wir wollen unsere Städte, Kreise und Gemeinden stärken, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut und sicher leben können: In einer sozialen Gemeinschaft, in einer intakten Umwelt, mit einem breiten Angebot in Kultur und Sport, bestmöglich geschützt vor Gewalt und Verbrechen.

▶ Wir wollen die Familien stärken: Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Kein Geld ist so gut angelegt wie das Geld, das wir in Familien, in unsere Kinder investieren.

▶ Wir wollen ein zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitswesen: Alle müssen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten, unabhängig von ihrer sozialen Situation und von ihrem Alter.

▶ Wir wollen Gute Arbeit für alle: Sichere Arbeitsplätze und Löhne, von denen die Menschen leben können. Dafür braucht NRW innovative Unternehmen mit einer qualifizierten und motivierten Belegschaft. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die im globalen Wettbewerb die Stärken des Standortes Nordrhein-Westfalen nutzt.

▶ Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittsmotor für unser Land machen: Deshalb stoppen wir den Weg zurück in die Atomkraft, setzen auf erneuerbare Energien und ökologische Modernisierung unser Industrie. Wir wollen Natur und Umwelt in NRW schützen. Gerade in einem Industrieland mit vielen Menschen brauchen wir Rückzugsräume für Mensch und Natur.

▶ Wir wollen Sicherheit und Teilhabe für die Älteren in unserem Land erreichen: Länger leben zu dürfen als frühere Generationen ist eine große Chance - wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie selbstbestimmt genutzt werden kann.

▶ Wir werden das Ehrenamt in unserem Land fördern. Hunderttausende Menschen in NRW arbeiten ehrenamtlich u.a. in Kirchen, Sport-, Schützen-, Heimat- und Karnevalsvereinen, Umweltinitiativen, Elternbeiräten, in der Gemeindearbeit, der freiwilligen Feuerwehr, in Einrichtungen für Kinder, Ältere, Behinderte. Sie halten unser Land zusammen und sind ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft.

▶ Wir verteidigen den leistungsfähigen Staat: Wir dürfen die Gestaltung unserer Zukunft nicht dem Markt überlassen. Eine solidarische Gesundheitsversorgung, ein Bildungssystem der gleichen Chancen für alle, Klimaschutz und ökologische Industrialisierung, ein Sozialstaat als Bürgerrecht, der Schutz von Freiheit und Sicherheit - kurzum eine menschenwürdige Zukunft für unser Land - verlangen einen handlungsfähigen Staat. Er muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung im Dienste der Bürger gerecht zu werden.

II. Gute Arbeit für alle

Gute Arbeit schaffen

Wir wollen Gute Arbeit für alle, Arbeit, von der die Menschen gut leben können. Wir wollen prekäre Beschäftigung in jeder Form überwinden. Wir kämpfen für den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeiten geht, muss von seinem Lohn auch anständig leben können. Das verlangt die Würde des Menschen.

Wer Mindestlöhne verweigert und weiter auf Niedriglöhne setzt, macht Menschen dauerhaft abhängig von staatlicher Hilfe – im Erwerbsleben und im Alter, weil keine ausreichenden Rentenansprüche aufwachsen können.

Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Beschäftigte müssen durch die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots (Beschäftigung, die auf einen konkreten Auftrag beschränkt ist) vor moderner Tagelöhnerarbeit geschützt werden. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen. Die Zahl der Leiharbeiter in einem Betrieb muss bei der Größe des Betriebsrats berücksichtigt werden.

Wir wollen, dass Dauer, Bezahlung und Anzahl von Praktika gesetzlich geregelt werden. Berufspraktika dürfen nicht länger als willkürliche Verlängerung der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum Lohndumping missbraucht werden.

Wir werden ein neues Tariftreuegesetz beschließen. Im Einklang mit dem Vergaberecht werden wir wirksam Lohn- und Sozialdumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unterbinden. Dazu gehört auch, dass landeseigene Betriebe auf den Einsatz von Leiharbeit möglichst verzichten.

Wir stehen zum Modell der Job-Center in gemeinsamer Verantwortung von Bundesagentur und Kommunen. Hierzu streben wir eine Grundgesetzänderung an. Die notwendige Finanzausstattung hat der Bund zu tragen.

Gemeinsam mit dem Bund, der Bundesagentur und den Kommunen wollen wir Arbeitsmöglichkeiten vor Ort fördern und Arbeitsplätze schaffen. Wir werden einen sozialen Arbeitsmarkt für diejenigen schaffen, die dauerhaft keine Chance zur Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt haben. Jede und jeder muss eine Chance bekommen. Dabei ist für uns zentral, dass die in diesem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor tätigen Menschen sinnvolle Arbeit verrichten und mit ihrer Tätigkeit ihre Existenz selbst sicher können.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und das Maß notwendigen Qualifikationsbedarfs sind in Deutschland regional ganz unterschiedlich ausgeprägt. Deshalb brauchen wir eine Regionalisierung, um die Fördermaßnahmen optimal auf die konkrete Bedarfslage anzustimmen. Nur so können wir jeder und jedem Einzelnen eine konkrete Vermittlungschance bieten. Auch die regionalen Kompetenzen der Träger der Arbeitsmarktförderung werden wir stärken. Eine Abwärtsspirale zu Lasten der Qualität muss durch eine angemessene

Vergabepraxis von Fördermaßnahmen unterbunden werden. Wir werden das flächendeckende Beratungsangebot des Netzwerks „Frauen & Beruf“ wieder fördern.

Wir setzen uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von den Einwanderinnen und Einwanderern mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüsse ein. Dort wo nötig, sind Anpassungs- und Nachqualifizierungen vorzunehmen. Die Kompetenzen und Fähigkeiten der Zuwanderer sind, auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels, besser als in der Vergangenheit zu nutzen.

Wir haben mit der Verlängerung der Kurzarbeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise dafür gesorgt, dass Hunderttausende von Arbeitsplätzen erhalten worden sind. Ab Mitte 2010 wird die Kurzarbeit in vielen Betrieben auslaufen. Wir werden Anschlussförderungen entwickeln, damit nicht primär die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende die Krisenlasten zu tragen haben.

Wir finden uns nicht länger damit ab, dass Frauen in Deutschland für die gleiche Arbeit noch immer ein Viertel weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen bekommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch hier gelten. Wir setzen Geschlechtergerechtigkeit um.

Als Landesregierung werden wir uns dafür einsetzen, dass die Betriebsräte das Recht erhalten, vom Arbeitgeber eine statistische Diagnose über die Gleichheit der Gehälter zu verlangen.

Der arbeitsfreie Sonntag muss wieder zur Regel werden. In den Arbeitsbereichen Sicherheit und Gesundheit gilt es, arbeitnehmerfreundliche Regelungen zu treffen. Der arbeitsfreie Sonntag ist als Tag der Ruhe sowie für die familiären und sozialen Bindungen von großer Bedeutung. Auch ein Ladenöffnungsgesetz in NRW muss dem im Grundgesetz verankerten Schutz von Sonn- und Feiertagen Rechnung tragen und Ausnahmen begrenzen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Sonntagsschutz macht deutlich, dass dabei auch grundlegende Fragen des gesellschaftlichen Selbstverständnisses betroffen sind.

Ausbildung und Qualifizierung für alle

Wir in NRW werden unseren Beitrag dazu leisten, dass in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Aus der Wirtschaft wird schon heute ein Fachkräftemangel gemeldet. Zugleich haben wir eine große Zahl arbeitsloser und nicht ausgebildeter junger Menschen zu beklagen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Diesen Widerspruch müssen wir jetzt auflösen, sonst wird der demographische Wandel das Problem noch weiter verschärfen. Wir müssen alle Potenziale nutzen.

Wir werden dafür sorgen, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam Verantwortung übernehmen. Der Schlüssel liegt in besserer Bildung und Ausbildung für alle. Hierzu ist es erforderlich, dass der Übergang von der Schule in den Beruf frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet wird.

Wir fordern mehr Praxiseinblicke in der Schule, um den Berufsfindungsprozess zu unterstützen und zu begleiten.

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die jeder und jedem eine Ausbildung auf qualitativ hohem Niveau ermöglicht. Auch wenn die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses vor allem in der Verantwortung der Wirtschaft liegen, erfordert dies eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Politik, Agentur für Arbeit und Berufskollegs. Dabei ist die Wirtschaft angemessen finanziell zu beteiligen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, wieder mehr Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Die Ausbildungsgarantie bezieht sich nicht nur auf Schulabgänger, sondern auch auf Altbewerber. Jede und jeder hat auch eine zweite Chance verdient.

Die kommunalen und landeseigenen Betriebe sind bei der Ausbildung in der Pflicht. Sie müssen Standards bei der Ausbildungsqualität setzen und auch über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

Wir werden bis zu 5000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohem Praxisanteil öffentlich finanzieren, um den Ausbildungsmarkt in der Krise zu stabilisieren. Dies ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Unkoordinierte und nicht zielgerichtete Fortbildungsmaßnahmen, die nur zu einer Versorgung in „Warteschleifen“ führen, lehnen wir ab. Stattdessen werden wir in Zusammenarbeit mit den örtlichen Übergangssystemen Profiling-Maßnahmen mit anschließenden passgenauen Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen.

Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, weiter organisatorisch und finanziell unterstützen. Der von uns initiierte Ausbildungsbonus ist auf alle unversorgten Jugendlichen auszuweiten. Dazu schlagen wir die Zahlung einer Prämie von 2000 Euro an kleine und mittlere Betriebe vor, wenn diese einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen. Weitere 2000 Euro soll das Unternehmen erhalten, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht.

Der Insolvenzschutz für Auszubildende muss garantiert sein. Damit sollen Auszubildende im Fall einer Insolvenz ihres Unternehmens ihre Ausbildung reibungslos in anderen Betrieben oder nötigenfalls in staatlicher Trägerschaft fortsetzen können.

Neue Arbeit durch Innovation

Politik und Wirtschaft müssen gewährleisten, dass unser Land innovativ bleibt und sich neue Berufsbilder entwickeln. Wir fördern den technologischen Fortschritt, etwa im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes oder der erneuerbaren Energien. In den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Pflege und in der Kreativwirtschaft können in den nächsten Jahren zigtausende neuer Arbeitsplätze entstehen, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft. Dafür werden wir sorgen.

Die Menschen mit Unternehmergeist in NRW sollen wissen, dass eine regierende SPD Strukturen fördern wird, die uns im Wettbewerb voranbringen. Partner für den Fortschritt sind Wissenschaft und Wirtschaft. Hier arbeiten die Köpfe, die NRW in Forschung und Entwicklung, in Wachstum und Beschäftigung voranbringen.

Betriebs- und Personalräte und ihre Mitbestimmung stärken

Die Krise hat verdeutlicht, dass die Betriebsräte konsequent und erfolgreich betriebliches Krisenmanagement geleistet haben. Ihr Know-How und ihre soziale Verantwortung haben bei der Krisenbewältigung der Arbeitsplatzsicherung Vorrang vor Renditeerwartungen verschafft. Ihr Beitrag hat geholfen, Beschäftigungsverluste in der Krise gering zu halten. Künftig muss das Wissen und Können der Betriebs- und Personalräte verbindlicher in die Unternehmensentwicklung einbezogen werden. Ihre Rolle beim Antreiben und Managen von Innovationen wollen wir stärken. Um die Personal- und Betriebsräte dauerhaft in die Lage zu versetzen, diese Rolle zu spielen, wollen wir Initiativen ergreifen, um das Personalvertretungs- und das Betriebsverfassungsgesetz entsprechend zu ändern und den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmerschaft mehr Mitbestimmungsrechte gesetzlich zu sichern.

Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft sind von NRW aus konzipiert und durchgesetzt worden. Weiterentwicklungen von Mitbestimmung sollten erneut von NRW ausgehen: durch Verbesserungen von Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in kleinen und mittleren Unternehmen wie auf EU-Ebene. Denn Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist Ausdruck von Menschenwürde. Zugleich fördert sie Demokratie als Lebensform.

Selbstständige besser absichern

Immer mehr Menschen arbeiten – als Teil ihres Lebensentwurfs oder auch unfreiwillig – als Selbstständige. Neben die klassischen freien Berufe und das Handwerk treten dabei viele weitere selbstständige Dienstleister. Unsere Sozialsysteme aber auch viele andere Bestimmungen unseres Staates sind bisher nicht darauf ausgerichtet, diese Menschen zu unterstützen.

Die neue Landesregierung unter Führung von Hannelore Kraft wird deshalb Initiativen – auch über den Bundesrat – ergreifen, um Selbstständige zu akzeptablen Tarifen in die Krankenversicherung einzubinden, sie in eine neu auszurichtende Arbeitslosenversicherung („Erwerbstätigenversicherung“) aufzunehmen und ihnen

Außerdem wollen wir eine Veränderung des Gewerbemietrechts. Kündigungen dürfen wie im Wohnraummietrecht nur wegen berechtigter Interessen des Vermieters möglich sein. Das schützt gerade kleinere Unternehmen vor Knebelverträgen.

Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern

Immer mehr junge Menschen hangeln sich mit teils unbezahlten Praktika, mit Minijobs, mit Leih- und Zeitarbeit oder ständig befristeten Verträgen von einer prekären Beschäftigung zur nächsten. Auf der anderen Seite erwarten Politik und Gesellschaft von genau dieser Altersgruppe die Gründung von Familien. Das passt nicht zusammen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen kämpft für Gute Arbeit. Dazu gehören auch flexible Arbeitszeitkonten, die Förderung von Betreuungsangeboten und gesunde Arbeitsbedingungen.

Der Wettbewerb um Fachkräfte wird zunehmend schwieriger. Deshalb müssen Unternehmen schon in eigenem Interesse jenseits von Gehaltszahlungen Anreize bieten. Familiengerechte Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung haben hierbei schon heute einen besonderen Stellenwert. Dies nimmt weiter zu.

Wir können es uns nicht leisten, Potenziale ungenutzt zu lassen. Deshalb starten wir mit Wirtschaft und Gewerkschaften eine Initiative zur besonderen Förderung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch die berufliche Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten mit Migrationshintergrund muss ausgeweitet werden.

Datenschutz ist Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Eine Totalüberwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz darf es genauso wenig geben wie deren systematische Durchleuchtung. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Arbeitnehmerdaten muss in der betrieblichen Praxis immer sichergestellt sein. Deswegen werden wir uns gegenüber der Bundesregierung für ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz einsetzen und in NRW dafür sorgen, dass der Landesdatenschutzbeauftragte ausreichendes Personal erhält, um seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen.

Die Vorratsdatenspeicherung persönlicher Daten durch bzw. für Sozialleistungsträger und andere öffentliche Einrichtungen ist ebenfalls nur im Rahmen ihrer Aufgaben und in dem hierfür unumgänglichen Maß zulässig. Dies gilt auch für den elektrischen Entgeltnachweis (ELENA). Hierfür werden wir uns gegenüber der Bundesregierung einsetzen.

III. Die Beste Bildung für alle

Zwei Grundsätze gelten: Jeder Mensch ist einzigartig und alle Menschen sind gleich. Jeder Mensch verfügt über besondere Potenziale und Fähigkeiten und alle Menschen haben ein Recht auf Bildung und Ausbildung von Geburt an. Unsere Grundschulen fördern dies jetzt schon durch ihren integrativen Lernansatz bestmöglich fördern. Hingegen gelingt es in den weiterführenden Schulen in unserem gegliederten Bildungssystem nicht, die Bildungspotenziale der Schülerinnen und Schüler optimal weiter zu entwickeln und zu fördern. Bildungschancen hängen nach wie vor zu stark von der sozialen Stellung und vom Geldbeutel der Eltern ab. Bildung darf aber kein Privileg für diejenigen sein, die sie über das Elternhaus in die Wiege gelegt bekommen haben. Gute Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zur Teilhabe und zur gesellschaftlichen Integration.

Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere Bildungsausgaben

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Für uns gilt: Bildung ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht. Sie darf niemals zu einer Ware werden, die sich nicht alle leisten können. Wir meinen es mit der Förderung der Chancengleichheit Ernst. Darum werden wir den gebührenfreien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten bis zum Hochschulstudium und nachgeholten Schul- und Berufsabschlüssen, aber auch für Meisterschulen – garantieren.

Chancengleichheit zu fördern heißt aber auch, das Prinzip der Lernmittelfreiheit neu und umfassender als bisher zu verstehen. Den heutigen Schulbuchzuschuss wollen wir schrittweise durch ein Paket von lern- und schulbezogenen Leistungen für Kinder und Jugendliche ersetzen.

Bildung muss uns mehr wert sein. Unser Ziel: Zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden in Bildungs- und Forschungsausgaben investiert.

Eine neue Schul- und Lernkultur

Für gerechte Bildungschancen brauchen wir eine andere Schul- und Lernkultur. Ein gutes Bildungssystem muss junge Menschen auf lebenslanges Lernen vorbereiten. Es muss Neugier und Motivation wecken und erhalten, die Kinder und Jugendlichen zu Kritikfähigkeit erziehen und hierdurch starke Persönlichkeiten schaffen. Lernen muss in einem Klima stattfinden, das zum Mitmachen einlädt. Mitbestimmung, Mitverantwortung und Mitgestaltung müssen tragende Elemente unserer Bildungseinrichtungen sein. Lernen unter Druck, das in immer stärkerem Ausmaß Nachhilfe nötig macht und die Eltern viel Geld kostet, lehnen wir ab. Ein gutes Bildungssystem fördert, fordert und schließt niemanden aus.

Jede Schule wird dazu verpflichtet und in Stand gesetzt, alle Kinder aufzunehmen und zum bestmöglichen individuellen Bildungsabschluss zu führen. Denn Schulen sollen nicht nur Abschlüsse vergeben, sondern vor allem Anschlüsse ermöglichen.

Bildung von Anfang an

Gute Bildung beginnt früh. Wir werden die Städte und Gemeinden beim bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen unterstützen, damit der Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz verwirklicht wird. Wir werden hochwertige Angebote schaffen, in denen Kinder individuell gefördert und die Eltern in eine echte Bildungs- und Erziehungspartnerschaft einbezogen werden. Dabei legen wir auch Wert auf die örtliche Trägervielfalt und auf die Umsetzung unterschiedlicher pädagogischer Ansätze in der Elementarpädagogik.
In den Kindertageseinrichtungen sollen auch Erziehungsberatung mit Angeboten zur Familienhilfe und Gesundheitsvorsorge verbunden werden. Nur wer Kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten.

Die SPD wird ein Kinderbildungsgesetz vorlegen, das diesen Namen wirklich verdient. Mit maßgeschneiderten Sofortmaßnahmen werden wir die Kinderbildung in unserem Land verbessern. Dazu zählen die Einführung bedarfsgerechter Pauschalen, die Bildung kleinerer Gruppen sowie der Einstieg in die Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auch über duale Bildungsgänge.

Zugleich werden wir ein hochwertiges Angebot für die Fort- und Weiterbildung schaffen und dabei auch die vorhandenen Fachschulen einbeziehen.

Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen hängen von den Rahmenbedingungen und der Finanzausstattung ab. Wir werden beides deutlich verbessern.

Entsprechend der gesetzlichen Regelung für den Schulelternrat wollen wir eine gewählte Elternvertretung auch in den Kitas über die Ebenen des Bezirksbeirates, des Stadtelternrates bis hin zum Landeselternrat. Wir wollen, dass der Landeselternrat Mitglied im ständigen Arbeitskreis Kinderbetreuung („STAK“) wird.

Wir wollen, dass der Besuch der Kindertagesstätte schrittweise für alle Kinder gebührenfrei wird. Die Finanzierung muss durch das Land erfolgen. Wenn wir mehr

in Betreuung und Bildung investieren, nutzt dies Kindern und Eltern wesentlich mehr als höheres Kindergeld oder ein Betreuungsgeld. Eine Stichtagsregelung für den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule lehnen wir ab. Eltern und Pädagogen aus Kita und Grundschule entscheiden gemeinsam über den Schulbeginn des Kindes.

Länger gemeinsam lernen

Für gerechte Bildungschancen brauchen wir längeres gemeinsames Lernen mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes. Die viel zu frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern und die mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Schulformen führen in hohem Maße zu Benachteiligungen. Obwohl der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit offensichtlich ist und durch internationale Studien bestätigt wird, verweigern sich die Konservativen in unserem Land den dringend notwendigen Reformen.

Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente – und zwar alle! Das mehrgliedrige Schulsystem verschwendet Talente, zu viele Schülerinnen und Schüler werden abgeschult, zu viele bleiben sitzen, zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss. Noch immer erlangen zu wenige die Berechtigung zum Hochschulzugang. Wir wollen das erfolgreiche gemeinsame Lernen in Vielfalt in den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen übertragen.

Die Gemeinschaftsschule: Schule der Zukunft

Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft. Wir werden die Menschen auf diesem Reformweg mitnehmen und werben deshalb für einen breiten bildungspolitischen Konsens in der Gesellschaft.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagsschule. Sie nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Eltern, Schule und Schulträger entscheiden, ob ab der siebten Klasse weiterhin ein vollständig integrativer Unterricht stattfindet oder ob eine Differenzierung (beispielweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen) vorgenommen wird. Am Ende der Klasse 10 können auf der Gemeinschaftsschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden.

Mit der Gemeinschaftsschule sichern wir ein wohnortnahes Schulangebot und ermöglichen es so den Städten und Gemeinden, flexibel auf die demografische Entwicklung zu reagieren.

Die Gemeinschaftsschule steht für eine andere Lernkultur. Jede Schülerin, jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und Förderplan. Wir wollen, dass der Unterricht neu organisiert und gestaltet wird. Lernen in Projekten und fächerübergreifendes Lernen erfordern flexiblere Organisationsstrukturen. Ziel ist die konsequente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen und Fähigkeiten. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen Lehrerinnen und Lehrer entsprechende Ressourcen, Zeit sowie Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Schulen werden zu Häusern des Lernens und Lebens

Schulen müssen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden können. Deshalb halten wir am Prinzip der selbstständigen Schule fest, die in ein System von

Beratung und Service eingebettet wird. Das Land bleibt verantwortlich für die Vorgabe und Überprüfung von Bildungsstandards. Zum neuen Steuerungsverständnis gehört ein landesweiter Bildungsbericht, der alle Bildungsbereiche umfasst. Dazu gehört auch eine neue Rolle der Kommunen. Ihnen wollen wir einen größeren Gestaltungsspielraum für ihr bildungspolitisches Angebot ermöglichen. Viele Städte und Gemeinden praktizieren dies bereits und beteiligen die Eltern offensiv daran. Wir unterstützen diese Entwicklung ausdrücklich. Dabei sorgen wir dafür, dass jedes Kind, unabhängig vom Wohnort, optimale Bildungschancen erhält.

Gerechte Bildungschancen brauchen gute Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler. Deshalb setzen wir auf einen Stufenplan für kleinere Klassen. In einem ersten Schritt soll es keine Klassen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern mehr geben, mittelfristig wollen wir Klassengrößen von höchstens 25 Schülerinnen und Schülern erreichen. Schulen in sozial schwächeren Stadtteilen müssen bevorzugt behandelt werden und eine entsprechend bessere finanzielle und personelle Ausstattung erhalten. Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder und Jugendlichen ausbauen. Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen ist groß. Wir wollen ein Recht auf Ganztag.

Eine Ganztagsschule verteilt Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, kreative Angebote, Sport und Entspannung über den ganzen Tag. Eine Ganztagsschule bietet gemeinsame Mahlzeiten für die Schülerinnen und Schüler. Dabei gilt: Kein Kind darf aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen werden. Wir wollen eine landeseinheitliche Regelung für Essenszuschuss sowie weitere Kostenzuschussregelungen und keine kommunalen Regelungen nach Kassenlage.

Täglich geben alle im Bildungssystem Mitwirkenden den Kindern und Jugendlichen Halt und Anerkennung, sie vermitteln Wissen und sie erziehen. Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems. Neben einer Kultur der Anerkennung brauchen wir ein besseres Unterstützungssystem, das Qualifizierung ermöglicht und Freiräume schafft. Das pädagogische Personal soll durch unterstützende Fachkräfte wie z.B. Verwaltungsfachleute und Sozialarbeiter entlastet werden.

Schulen brauchen eine bauliche Gestaltung, die den neuen und ganzheitlichen Anforderungen an die Lern- und Lebensbedingungen von Schülern und Schülerinnen und Personal flexibel Rechnung tragen können. – Das Land fördert die Entwicklung von Modellvorhaben und die Entwicklung von Standards, so dass sich Bausünden der siebziger Jahre nicht wiederholen (können).

Abitur nach 12 und 13 Jahren

Die Art und Weise, wie das Turboabitur in NRW organisiert wurde, belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in unverantwortlicher Weise.

Die Schulzeitverkürzung hat zu einer ernormen Verdichtung des Unterrichts in der Sekundarstufe I des Gymnasiums geführt. Zudem hat es die schwarz-gelbe Landesregierung versäumt, rechtzeitig angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Lehrerinnen und Lehrer wurden nicht vorbereitet, die Lehrpläne nicht

frühzeitig genug überarbeitet und der Ganztag viel zu spät, nur auf Druck und unzureichend, eingerichtet. Konsequenz ist: Das Turboabitur erzeugt unangemessenen Lerndruck, verhindert Durchlässigkeit und überfordert die Schulen bei der Umsetzung.

Das werden wir korrigieren. Wir werden den Schülerinnen und Schülern den Weg zum Abitur nach zwölf, aber auch nach 13 Jahren offen halten. Ein generelles Abitur nach zwölf Jahren lehnen wir ab.

Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen

Nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen Bildung und mit der Verpflichtung, allen Jugendlichen eine gute Ausbildung zu ermöglichen, werden wir das Berufsbildungssystem zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungswesens weiterentwickeln, in dem auch alle schulischen Abschlüsse erworben werden können. Die berufliche Oberstufe kann und muss stärker als bisher als Alternative zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe ausgebaut werden.

Inklusion als Ziel

Die Schule der Zukunft ist eine Schule des gemeinsamen Lernens. Nirgendwo besuchen so viele Kinder mit Behinderungen oder Lernschwächen spezielle Förderschulen wie in Deutschland – in vielen Fällen völlig unnötig. Wir setzen auf das Prinzip der Inklusion. Ein inklusives unterscheidet sich von einem integrativen Bildungssystem. Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung von Schülerinnen und Schüler in das allgemeine Bildungssystem an. Inklusion hingegen bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und individuelles Fördern und Fordern ausgerichtet sind. Wir wollen eine Neuorientierung in der sonderpädagogischen Förderung hin zu einem inklusiven Bildungssystem.
Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erfordert einen bedarfsgerechten Umbau des Schulsystems: die Förderung behinderter oder benachteiligter Kinder in der Regelschule muss zum Normalfall, ihre Aufnahme an besonderen Förderschulen der Ausnahmefall werden.

Zukunftsweisende Lehrerausbildung

Zu einer zukunftsorientierten Schulstruktur gehört eine moderne Lehrerbildung, die sich nicht an Schulformen, sondern an Lernphasen ausrichtet. Wir wollen, dass alle Lehrkräfte gleich lang und gleich gut ausgebildet werden. Jedem interessierten Absolventen einer lehramtsrelevanten Bachelors ist ein Lehramtsmasterplatz anzubieten. Der Vorbereitungsdienst umfasst 18 Monate. Wir wollen eine gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrämter und die Einführung aufgabenbezogener Beförderungsämter für die Schulen.

Unser Sofortprogramm für bessere Bildung

Mit einem Sofortprogramm für bessere Bildung werden wir in einem Schritt dringend notwendige Korrekturen und wichtige Neuerungen auf den Weg bringen.

▶ Der Elternwille erhält wieder Vorrang. Anstatt verbindliche Grundschulempfehlungen und Prognoseunterricht werden zukünftig wieder die Eltern in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern über die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden.

▶ Die Kopfnoten werden abgeschafft. Eine solche Note wird der individuellen Vielfalt der Kinder nicht gerecht und entspricht nicht einer angemessenen Kultur der Rückmeldung.

▶ Die Drittelparität wird wieder eingeführt. Damit werden Schülerinnen und Schüler in der Schulkonferenz wieder gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt. Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sind dann wieder gleichberechtigt vertreten. Wir stärken so die Mitgestaltung aller Beteiligten an einer Schule und damit die innerschulische Demokratie.

▶ Die verbindliche Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen wird rückgängig gemacht. Die Kommunen müssen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie notwendige Steuerungen vornehmen, um eine optimale Schulversorgung garantieren zu können. Gleiches gilt für die Berufskollegs.

▶ Gemeinsam mit den Kommunen werden wir unter Einbeziehung aller Beteiligten die Voraussetzungen für die Einführung der Gemeinschaftsschulen schaffen.

▶ Die Diffamierung der Gesamtschule wird beendet. Entwicklungen vor Ort werden konstruktiv begleitet und die Ganztagsform wird wieder ermöglicht.

▶ Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen mehr Zeit, um das Schulleben zu gestalten. In der Vergangenheit haben die Aufgaben enorm zugenommen. Die Zeit für die Erfüllung von Aufgaben der Schulleitung an allen Schulformen muss schrittweise ausbaut werden. Der kommunale Schulträger soll bei der Besetzung der Schulleitungen wieder entscheidend beteiligt werden.

Gute Hochschulen

Unter unserer Führung ist in NRW die dichteste Hochschullandschaft Europas entstanden. Doch die Situation an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. In allen vier am Zusammenleben im Lebensraum Hochschule beteiligten Gruppen – so differenziert ihre Perspektiven durch die Spaltungspolitik von CDU und FDP auch sein mögen – wächst die starke Unzufriedenheit und der Leidensdruck. Sie alle sind negativ von der Bildungspolitik der letzten Jahre betroffen.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind immer häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen bedroht, da die Hochschulleitungen durch unklare Mittellage und Studiengebühren in vielen Fällen nur befristete Verträge abschließen können. Die Professorinnen und Professoren sehen sich der verständlichen Kritik

daran, ebenso wie der berechtigten Kritik der Studierenden etwa an den Betreuungsverhältnissen und Studiengebühren ausgesetzt. Dabei müssen sie selbst intensiv Drittmittel einwerben, um forschen zu können. Wenn sie das tun bleibt aber entgegen dem Humboldtschen Ideal die forschungsbasierte Lehre auf der Strecke.

Die Studierenden sind mit den neuen Studiengängen extrem belastet. Immer häufiger erleiden sie psychische Erkrankungen. Sie erhalten nicht genug finanzielle Unterstützung, müssen zusätzlich ihre Studiengebühren finanzieren und oft mehrere Jobs annehmen, häufig in den Abend- und Nachtstunden. Viele brechen ihr Studium ab. Inzwischen fühlen sie sich derart hinters Licht geführt, verraten und hilflos, dass sie zu Recht aufbegehren und protestieren. Auch die Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fällt der immer deutlicher fehlenden Ausfinanzierung der Hochschulen zum Opfer. Fortschreitender Spar- und Privatisierungswahn führt zu Kündigungen oder Ausgliederungen von Hochschulbereichen und damit einhergehenden Lohnverlusten, da Tarifverträge umgangen werden.

Diese und viele andere Probleme entstanden auf Basis der konsequenten Abwälzung von politischen Herausforderungen und Problemen an die Hochschulen, Verantwortungsflucht, die fehlende Fähigkeit den Betroffenen an den Hochschulstandorten zuzuhören und ideologische Scheuklappen.

Dieser verfehlten Politik werden wir konsequent ein Ende setzen. Unser Verständnis von Bildungspolitik ist ein gänzlich anderes. Bildungspolitik ist eine bedeutende staatliche Aufgabe, sie trägt wesentlich zur Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit bei und sichert unter anderem den Wohlstand für künftige Generationen. Die Formulierung dieser Ziele muss aus unserer Sicht gemeinsam und auf Augenhöhe zwischen den Hochschulen und der Politik erfolgen.

Moderne Bildungspolitik nutzt die Bildungsreserven in der Gesellschaft. Bildung dient auch der Qualifikation, ist aber vor allem ein Menschenrecht und ein Wert an sich. Wir wollen diesen Wert wieder in unserer Gesellschaft stärken und im Wissenschaftssystem nachhaltig verankern.

Moderne Bildungspolitik sichert Zukunft. Investitionen in Bildung sind Investitionen für die nächsten Generationen. Wir sind uns bewusst, dass die Investitionszyklen im Wissenschaftssystem länger sind als in anderen Politikfeldern und deshalb alle Konzepte inhaltlich und materiell langfristig angelegt sein müssen. Wir wollen daher dauerhaft mehr Geld in Bildung investieren und bekennen uns zu den Zielen des Bildungsgipfels, bis 2015 gesamtstaatlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden. Wer das Bildungsniveau nachhaltig steigern und somit Arbeitsplätze in NRW sichern will, muss solche Prioritäten setzen.

Unsere vorrangigen Ziele dabei sind:

▶ Wir stehen für eine in ihrer gesamten Breite geförderten Hochschullandschaft in staatlicher Verantwortung, deren Struktur national und international konkurrenzfähig ist, die staatlich solide finanziert wird und sehr gute Studienbedingungen bietet.

▶ Mit uns wird es keine Privatisierung von Hochschulstandorten geben. Auch die Universitätskliniken sollen in öffentlicher Verantwortung bleiben.

▶ Wir stehen für die konsequente Überarbeitung und Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Wir werden für vergleichbare und angemessene Bachelor-Studiengänge sorgen. Das beinhaltet für uns freiere Wahlmöglichkeiten bei Seminaren und Vorlesungen, weniger Anwesenheitspflichten und eine neue, einheitliche Berechnung und Vergleichbarkeit der ECTS (Leistungs)-Punkte. Außerdem müssen Studienstrukturen flexibel sein. Deshalb werden wir den Studienortswechsel vereinfachen und gemeinsam mit den Hochschulen kooperative Standards für die wechselseitige Abstimmung der Studieninhalte entwickeln. Stärker als bisher müssen wir die internationalen Möglichkeiten des Hochschulsystems nutzen.

▶ Wir werden sicherstellen, dass qualifizierte Studierende mit Bachelor-Abschluss, die ihren Master machen möchten, auch einen Masterstudienplatz erhalten. Auch bei den Masterprogrammen achten wir auf ihre Studierbarkeit.

▶ Wir stehen für ein gebührenfreies Studium, in dem kein junger Mensch vom Studium abgeschreckt wird. Wir werden jegliche Formen von Studiengebühren zeitnah nach der Wahl abschaffen.

▶ Wir bekämpfen prekäre Beschäftigung auch an den Hochschulen. Das Hochschulpersonal gehört für uns grundsätzlich in den Landesdienst. Die jetzige Situation hat zu einer nicht hinnehmbaren Verschlechterung der Stellung des Hochschulpersonals geführt. Zusätzlich werden wir auch die studentischen Beschäftigten tariflich absichern, indem wir sie in den Tarifvertrag des Landes aufnehmen.

▶ In der nächsten Legislaturperiode wird der doppelte Abiturjahrgang die Schule abschließen und es wird einen erhöhten Bedarf an Studienplätzen geben, den wir im Sinne der Chancengleichheit decken wollen. Inzwischen ist das Thema allgegenwärtig und wir haben schon seit Jahren darauf hingewiesen. Passiert ist bisher wenig, deshalb wollen wir intensiv daran arbeiten, dass schnell weitere Studienplätze entstehen. Dafür wollen wir unter anderem Personal bereitstellen, sowohl in der Lehre, als auch in der Verwaltung und die räumlichen Voraussetzungen schaffen.

▶ Wir wollen die Universitäten auch für Berufspraktiker öffnen. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Universitäten einen „Wechselkurs“ zur Anrechnung der in der Berufsausbildung erbrachten Leistungen entwickeln, die anstelle des Abiturs treten können.

▶ Wir stehen für das BAföG und werden für eine sofortige Erhöhung der Regelsätze über den Inflationsausgleich hinaus sorgen. Außerdem möchten wir die Gruppe der Bezugsberechtigten ausbauen und perspektivisch zu einer elternunabhängigen Förderung gelangen. Ausschließlich Stipendien als finanzielle Unterstützung, wie sie der Innovationsminister vorgeschlagen hat, lehnen wir hingegen ab. Die Studienfinanzierung muss nach sozialen Kriterien erfolgen und krisensicher sowie unabhängig sein.

▶ Wir stehen für lebendige Hochschulen. Für uns ist dabei die demokratische Selbstverwaltung Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit. Deshalb werden wir die Hochschulräte wieder abschaffen.

▶ Studierende brauchen eine starke studentische Selbstverwaltung. Wir stehen zur verfassten Studierendenschaft, ihrer Satzungsautonomie und Finanzhoheit. Mit uns wird es keinen Abbau ihrer Rechte geben. Allen beteiligten Gruppen muss ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden, um die vielfältigen Aufgaben in Lehre und Forschung verantwortungsvoll und effizient erfüllen zu können.

▶ Wir stehen für den Erhalt eines breiten Angebots an Studiengängen. Wir werden sicherstellen, dass jedes Fach in NRW dauerhaft angeboten wird.

▶ Wir stehen für ein ausreichendes Studienangebot. Wir werden sicherstellen, dass allen Studierwilligen ein entsprechendes Angebot an Studienplätzen zur Verfügung steht und die Kapazitäten der Hochschulen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

▶ Wir stehen für nachhaltige Frauenförderung in Forschung und Lehre. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihren Frauenanteil dauerhaft auf 50 Prozent zu erhöhen. Sofern das nicht anders erreichbar ist, werden wir eine Quotenregelung herbei führen.

▶ Wir stehen für starke Studentenwerke. Wir werden die Studentenwerke als Hauptträger der sozialen Infrastruktur wieder finanziell und strukturell stärken. Sie müssen ihren Aufgaben flexibel, bedarfsgerecht und flächendeckend nachgehen können.

Weiterbildung gewährleisten

Bildung ist Menschenrecht. Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der sich Menschen ein Leben lang weiter entwickeln können. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung sind Kernelemente der zukunftsfähigen und nachhaltigen Gestaltung unseres Gemeinwesens. Damit steht sie genauso in öffentlicher Verantwortung wie andere Bildungsabschnitte und ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Weiterbildung erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit, wirkt gesellschaftlicher Desintegration entgegen und leistet einen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Sie sichert zudem den wirtschaftlichen Erfolg durch gut und aktuell qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk auch den Weiterbildungsangeboten für ältere Menschen sowie Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus.

Lebenslanges Lernen fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Entwicklung der sozialen Demokratie.

Unter der Führung der SPD ist in Nordhein-Westfalen eine plurale und leistungsfähige Weiterbildungslandschaft entstanden. Die Volkshochschulen nehmen dabei als kommunale Pflichtaufgabe eine Schlüsselstellung ein. Allerdings haben CDU und FDP die nordrhein-westfälische Weiterbildungslandschaft durch ihre Kürzungspolitik massiv unter Druck gesetzt. Entgegen vorherigen Ankündigungen, den Weiterbildungsetat aufzustocken, beging Schwarz-Gelb auch hier Wortbruch und kürzte die Weiterbildungsmittel um 13,5 Millionen Euro. Wir werden die schwarz-gelben Kürzungen zurücknehmen und die Mittelvergabe für die Dauer einer Legislaturperiode festschreiben. Nur so geben wir den Einrichtungen und den Kommunen Planungssicherheit, damit ein leistungsfähiges und breites Weiterbildungsangebot vorgehalten werden kann.

Wir werden das Prinzip der zweiten Chance stärken, indem wir allen Menschen in unserem Land ermöglichen, entgeltfrei an einer anerkannten Weiterbildungsstätte Schulabschlüsse nachzuholen.

Menschen müssen die Chance haben, nicht wahr genommene Bildungschancen zu korrigieren. Weiterbildungskollegs sind unsere Antwort in NRW. Sie bieten ein differenziertes Angebot an schulabschlussbezogenen Bildungsgängen, das auch Online-Lehrgänge einschließt. Der von uns vor zehn Jahren eingeschlagene Weg, die Schulen des zweiten Bildungsweges zu integrierten Systemen zu entwickeln, wird von uns konsequent weiter verfolgt.

Beschäftigte, die während der Kurzarbeit eine qualifizierende, abschlussbezogene Weiterbildung anstreben, sollen von der Notwendigkeit, dem Betrieb zur Verfügung zu stehen, mit Lohnersatz großzügig befreit werden. Mittelfristig erstreben wir die Einführung eines Erwachsenen-BAFöG sowie eines Rechtes auf Freistellung, um Weiterbildung zum Zweck einer abschlussbezogenen Zusatzausbildung zu ermöglichen.

Den nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens mit Wirtschaft und Gewerkschaften werden wir zu einem Qualifizierungskonsens ausweiten. Die Wirtschaft muss im Rahmen von Selbstverpflichtungen einen wachsenden Anteil betrieblicher Weiterbildung garantieren.

IV. Ökologisches Wachstum und Innovation

Die Menschen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns

Wir stehen für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt jedes Handelns rückt. Politik darf sich niemals an einseitigen Interessen ausrichten, sondern muss allein dem Ziel dienen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Wir in NRW wissen: Umweltpolitik ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Benachteiligte Haushalte leben oft in einer stärker belasteten Umwelt, in Gegenden mit hoher Luftbelastung oder an lauten Verkehrsstraßen. Verbessert sich die Umweltsituation, verbessert sich auch die soziale Lebenslage. Konsequent betriebener Klima- und Umweltschutz trägt damit auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen verbindet ökonomische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung im praktischen Regierungshandeln. Dieser Dreiklang ist unser Markenzeichen für nachhaltige Politik.

Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von über 540 Milliarden Euro im Jahr 2008 ist NRW das wirtschaftlich bedeutendste Bundesland. So erwirtschaftet alleine die chemische Industrie in NRW über 30 % des Umsatzes der deutschen Chemie. Energiewirtschaft, Automobilzulieferer und der Maschinenbau beliefern aus NRW die ganze Welt. 2008 haben wir Waren im Wert von rund 172 Milliarden Euro ausgeführt. Wir wollen, dass NRW das Land der modernen Industrie wird. Dafür müssen wir neue Antworten auf neue Herausforderungen geben.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik braucht die Bereitschaft zur gemeinsamen Anstrengung von politischem Wollen, wirtschaftlichem Können und staatlichem Handeln. Maßstab unserer Wirtschaftspolitik ist der unternehmerische Erfolg, der langfristige Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung über kurzfristige Renditen und Bonuszahlungen stellt. Wir wissen, dass die allermeisten Unternehmer dies auch so sehen. Unsere moderne Wirtschaftspolitik eröffnet Chancen für Wachstum und Beschäftigung und überwindet bestehende Blockaden.

Genauso so wie hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter braucht unsere Wirtschaft eine sichere Energieversorgung, eine leistungsfähige Logistik und die verschiedensten Rohstoffe, um auf dem Weltmarkt zu bestehen. Politik muss hier einen guten Rahmen setzen. Wir werden die notwendige Infrastruktur zum Erhalt und Ausbau des Industriestandorts NRW unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten nachhaltig neu definieren. So können wir eine wirksamere industriepolitische Allianz schmieden. Wir werden das Planungsrecht und die Genehmigungspraxis in NRW modernisieren. Wir müssen eine neue Vertrauensbasis für industrielle Großprojekte schaffen, nur dann besteht die Chance zur praktischen Umsetzung des faktisch Notwendigen. Eine gute und leistungsfähige Verwaltung ist als verlässlicher Partner für Investoren und Anwohner unverzichtbar. Die staatliche Umweltverwaltung muss wieder in die Lage versetzt werden, in Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zu entscheiden, einheitlich in ganz NRW. Bei allen Planungsphasen und auf allen Entscheidungsebenen brauchen wir ein Höchstmaß an Transparenz nach dem verlässlichen Grundsatz: Wir machen aus Betroffenen Beteiligte.

Die Wirtschaft in NRW ist so vielfältig wie das Land. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen gemeinsam Werte und sichern Arbeitsplätze, ob in großen oder kleinen Unternehmen, in Industrie oder Dienstung, im Handwerk, in der Privatwirtschaft oder unseren Stadtwerken. Wir lassen nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden den Mittelstand unterstützen, ohne die Großindustrie zu vernachlässigen. Wir werden die Stadtwerke und das Handwerk fördern. Die regionalisierte Strukturpolitik stärken wir über eine bessere Verzahnung im Förderdreieck Brüssel, Berlin, Düsseldorf.

Die Mittel wollen wir dort einsetzen, wo der Problemdruck am größten ist. Deshalb war der von der schwarz-gelben Regierung eingeschlagene Weg falsch, Fördermittel in landesweiten Wettbewerben zu vergeben und damit die unterschiedlichen Standortbedingungen zu ignorieren. Dies schadet nicht nur den benachteiligten Regionen, sondern ganz NRW. Die SPD wird sich insbesondere da engagieren, wo es dem ganzen Land am meisten nutzt. Wir wollen erreichen, dass zukünftig die Mittelvergabe unbürokratischer, transparenter, schneller und gerechter erfolgt als in den von der Regierung Rüttgers eingeführten bürokratischen Verfahren. Deshalb werden wir auch neue Lösungen zur Finanzierung von Eigenanteile bei Kommunen mit Nothaushalt anbieten.

Fortschrittsmotor Klimaschutz

Statistisch produziert jeder Deutsche zehnmal mehr CO2 als ein Inder und immer noch doppelt so viel als ein Chinese. Weltweit hat jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Einkommen dasselbe Recht auf eine gute Entwicklung seiner persönlichen Lebensverhältnisse. Wir müssen feststellen, dass die

Emissionen in Entwicklungs- und Schwellenländern zunächst noch steigen werden. Trotzdem müssen die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 gemeinsam um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren und danach bis 2050 eine Absenkung um 80 bis 95 Prozent erreichen. Deutschland will aber bis 2020 seine Gesamtemissionen im Vergleich zu 1990 um 40 % senken. Da NRW für ca. 38 % der bundesweiten CO2-Emissionen verantwortlich ist, müssen wir beim Klimaschutz Vorreiter werden. Ohne NRW kann Deutschland seine Klimaschutzziele nicht erreichen. Die letzten Jahre waren aber für den Klimaschutz verlorene Jahre: In NRW sind von 2005 bis 2007 die CO2-Emissionen um ca. 2,4 % gestiegen. Diesen Trend werden wir entschlossen umkehren.

In Nordrhein-Westfalen werden wir beweisen: Fortschritt entsteht, wenn wir die Herausforderungen des Klimaschutzes beherzt meistern. Die SPD hat schon einmal gezeigt, dass "Der blaue Himmel über der Ruhr" erreicht werden kann. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: wir machen aus dem Ruhrgebiet eine Öko-Region, in der für Kohle, Stahl und Chemie Platz ist. Wir machen ganz NRW zum europäischen Zentrum des Fortschrittsmotors Klimaschutz. Wir nutzen die Herausforderungen des Klimawandels als Antrieb für eine neue wirtschaftliche Dynamik und für die soziale Gestaltung des weiteren Strukturwandels.

Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für alle Menschen eine gute Zukunft bereit hält und sich die Lebensqualität verbessert. Dazu ist verantwortungsvolle Klimapolitik notwendig. Sie ist zu einer sozialen Frage geworden, weil viele Menschen durch hohe Energiepreise belastet sind und die Menschen mit kleinen Einkommen die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten spüren.

Verantwortungsvolle Politik ermöglicht es allen Menschen, am Klimaschutz mitzuwirken und möglichst wenig von der teurer werdenden Energie zu verbrauchen. Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind in der betrieblichen Praxis schon lange kein Gegensatz mehr. Wir in Nordrhein-Westfalen verstehen den Klimaschutz als einen Fortschrittsmotor für eine starke Wirtschaft, weil er Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit beispielhaft verbinden kann.

Leitmärkte für ökologische Industriepolitik

Die neue Landesregierung wird ein für die Zukunft des Landes so entscheidendes Projekt wie die ökologische Industrialisierung nicht allein den Märkten überlassen. Seine Notwendigkeit und seine Perspektiven ergeben sich ja gerade aus den historischen Ausmaßen des Marktversagens. Eben weil die Märkte von sich aus unfähig waren, bei der Entwicklung neuer Technologien die ökologischen Interessen in Rechnung zu stellen, kann die Ökologisierung der Industrie nur ein politisches Projekt sein. Sie kann freilich auch nicht gegen die Märkte zum Erfolg geführt werden, sondern nur mit den Märkten. Aber nicht indem sie den Märkten hinterherhinkt, sondern indem sie die Rahmenbedingungen und die politischen Impulse so setzt, dass die Märkte der Politik folgen. Der Staat geht als Pionier der Entwicklung voraus und setzt seine Daten in die Märkte hinein.
Das ist die Strategie der ökologischen Leitmärkte. Sie müssen einer Logik der Spezialisierung folgen, die bei dem beginnt, was unser Land jetzt und künftig am besten kann.

Effizienztechnologie, Solarenergie, CO2-arme Kohleverbrennung, umweltgerechte Mobilitätstechnologien sind Technikfelder, auf denen revolutionäre Fortschritte

absehbar sind, die unsere eigene Industriebasis voranbringen und zukunftsfest machen und gleichzeitig Arbeitsplätze bei uns sicher machen. Sie sichern unserem Land für lange Zeit Exportchancen gerade in den Bereichen, deren Wachstum auf den Weltmärkten gewährleistet ist.

Dabei handelt es sich aber auch um Technologien, bei denen es in unserem eigenen Interesse darauf ankommt, für rasche weltweite Verbreitung zu sorgen, damit Umwelt und Weltklima sicher bleiben.

Sofortprogramm Klimaschutz

Die schwarz-gelbe Landesregierung bremst beim Klimaschutz. Sie verspielt die Zukunft unseres Landes. In einer neuen Landesregierung mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin werden wir ein Sofortprogramm für NRW mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

▶ Wir werden unsere Energie zukunftsfest machen und mit Hilfe von effizienten Technologien den Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch senken. Wir wollen die Akzeptanz der Menschen für die industrielle Produktion zurück gewinnen und dauerhaft stärken.

▶ Wir halten in NRW am Atomausstieg fest. Längere Laufzeiten sind ein Investitionshemmnis für unser Land, weil sie den Ausbau der erneuerbaren Energie massiv gefährden und eine Modernisierung von Kraftwerksparks verhindern. Wir werden auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in NRW zulassen. Moderne Technologien wie CCS sichern dabei die Klimafreundlichkeit. Wir bekennen uns so zu den Kraftwerksstandorten in NRW und sucht den Dialog mit der RWE Power AG als größtem Energieproduzenten in unserem Bundesland.

▶ Wir werden unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns viele Milliarden Euro jährlich. Deshalb müssen wir durch Einsparungen den Energiebedarf senken und wo immer es möglich ist, konsequent auf heimische Energien setzen, die die Wertschöpfung bei uns in NRW sichern. Arbeitsplätze entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir werden die Anteile der regenerativen Energien deutlich steigern. Erneuerbare Energien müssen ein zentrales Kompetenzthema in NRW werden. Die vorhandenen Kapazitäten in Forschung, Lehre und Produktion sind dazu weiterzuentwickeln. Daneben ist es für uns und die Unabhängigkeit unseres Industriestandorts unverzichtbar, dass wir die heimische Braunkohle weiter planmäßig abbauen und den Sockelbergbau in der Steinkohle weiter erhalten.

▶ Wir werden den Stromverbrauch senken und suchen dazu den Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden, Verbraucherzentralen und Energieagentur. Wir wollen den Menschen beim Strom sparen helfen und dazu alle Möglichkeiten nutzen, z.B. auch neue Finanzierungsmodelle für sparsamere Elektrogeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen.

▶ Wir organisieren den Durchbruch der erneuerbaren Energien in NRW. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit sind für uns grundlegend. Derzeit liegen wir im Vergleich der Bundesländer auf einem beschämenden 12. Platz. Jetzt gilt es, Hemmnisse für den Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen.

Dazu werden wir ein Programm „1 Million Dächer Solarthermie“ auflegen. Alte, ineffiziente und laute Windräder wollen wir durch leisere und leistungsfähigere Anlagen ersetzen. Wir werden deshalb dem Ersetzen alter Windenergieanlagen durch modernere und effizientere Anlagen, dem sogenannten „Repowering“ von Windenenergieanlagen in NRW zum Durchbruch verhelfen und Hemmnisse des Windkraftausbaus beseitigen.

▶ Wir werden hocheffiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse aus den Einnahmen des Emissionshandels erhalten können, die in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-Wärme-Kopplung, investieren. Wir fordern aber auch von den Betreibern 1 die Realisierung klimaschonender Kohlekraftwerke mit CO2-Abtrennung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage-CCS). Im Gegenzug werden wir uns dafür einsetzten das die politischen Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden. Nur eine saubere Kohlenutzung ist eine sinnvolle Kohlenutzung. Wir werden ein Fern- und Nahwärmeprogramm für NRW auflegen, weil heute zuviel Strom in Kraftwerken erzeugt wird, die Wärme ungenutzt an die Umgebung abgeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alte ineffiziente Kraftwerke schnell abgeschaltet werden und in NRW die Technik der Abscheidung von Kohlendioxid weiter forciert wird.

▶ Wir werden unsere Stadtwerke stärken. Wir wollen nicht, dass der Energiemarkt von den vier großen Energieversorgern beherrscht wird. Deshalb werden wir den Stadtwerken ermöglichen, sich wieder breit im Energiemarkt zu betätigen und damit den Wettbewerb zu stärken. Dazu werden wir die von der schwarz-gelben Landesregierung durchgesetzte, die Stadtwerke in ihrer wirtschaftlichen Betätigung einschränkende Änderung des § 107 GO rückgängig machen.

▶ Wir werden in NRW den Ausbau von sauberer Elektromobilität in Verbindung mit Erneuerbaren Energien im Dialog mit den Kommunen voranbringen. Von den modernen PKW-Konzepten sind im Bereich der Elektromobilität in den nächsten Jahren die größten Fortschritte zu erwarten. Deshalb werden wir an Rhein und Ruhr im Dialog mit Autoindustrie, Energiewirtschaft und Forschung Stromtankstellen einrichten.

▶ Wir werden in NRW mit einem Investitionsprogramm Anreize schaffen, öffentliche Gebäude und private Wohnhäuser energetisch zu sanieren.

▶ Wir werden ein kommunales Konzept für die Förderung von sog. Null-Emissions-Städten (Zero-Emission-Cities) entwickeln, um Städte mit einer passiven Energiebilanz zu schaffen.

▶ Wir richten eine Zukunftswerkstatt „Fortschrittsmotor Klimaschutz“ ein. In dieser Zukunftswerkstatt arbeiten Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen. Hier wird auch die Grundlage für neue Ausbildungsberufe gelegt. Höhepunkt für Nordrhein-Westfalen ist eine internationale Weltausstellung "EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“. Hier werden die Projekte aus der Zukunftswerkstatt gebündelt und mit bereits vorhandenen Richtung weisenden Projekten in NRW (z. B. Blauer Turm Herten) zur Expo gebracht. Wir wollen die "EXPO Fortschrittsmotor Klimaschutz“ bis 2011 beantragen und 2015/2016 durchführen.

▶ Der Fortschrittsmotor Klimaschutz ist Regierungsauftrag. Als Regierung richten wir ein "Klimakabinett" ein, das innerhalb der Landesregierung alle neuen Chancen des Klimaschutzes bündelt. Im Landtag richten wir einen entsprechenden Sonderausschuss „Klimaschutz“ ein.

Innovative Politik für eine gute Zukunft

Wir werden eine Innovationsoffensive für NRW starten und damit im Umfeld von Wachstumsbranchen den gezielten Ausbau und die Stärkung landesweiter Netzwerke zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen initiieren. Wir wollen den Brückenschlag zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen, dem Handwerk und der Forschung erleichtern. Durch gezielte Förderung, z.B. in Form des Beratungs- und Innovationsschecks sollen solche Unternehmen bei Forschungseinrichtungen oder Hochschulen Unterstützung auf dem Weg zu neuen Produkten oder Prozessinnovationen durch Beratung erhalten. Der Beratungsscheck soll die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungskosten bei einer Höchstförderung von 15.000 Euro abdecken.

Kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und das Handwerk als Beschäftigungsmotor

Wir stehen für eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik. Wir wissen: Das Handwerk ist eine wichtige Säule unseres Mittelstandes. Handwerk ist Vielfalt und Dienst am Menschen und an der Gesundheit, High Tech und künstlerisches Gestalten. Handwerk - das sind in Nordrhein-Westfalen 100 Milliarden Euro Umsatz und über eine Million Arbeitsplätze. Und das Handwerk war stets ein Ausbildungsmotor der Wirtschaft. Unser Konzept "Gutes Handwerk" sorgt für finanzielle, steuerliche und Beratungs-Hilfestellungen. Wir schaffen optimale Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung der Handwerksbetriebe.

CDU und FDP versuchen, das organisierte Handwerk in unserem Land ideologisch zu missbrauchen. Handwerk braucht praktische Hilfe und keine ideologische Nachhilfe. Wir setzen auf praktische Hilfen und ehrliche Partnerschaft. Wir werden die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen und das Handwerk optimieren. Dabei gilt es, Innovationsprozesse aktiv zu unterstützen und Wissenschaft und Unternehmen zusammen zu bringen. Mit der Einrichtung von Gründerzentren wollen wir eine zielgerichtete Strukturentwicklung von Regionen beschleunigen und ein besseres Gründungsklima erzeugen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen sind konkrete Hilfen beim Innovationsmanagement wie z.B. dem Verwerten von Patenten sinnvoll. Eine Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte wird das Handwerk und die mittelständischen Unternehmen in ihren Ausbildungsbemühungen unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Öffnung der Fachhochschulen für berufliche Praktiker.

Wir stehen für die ortsnahe Vergabe öffentlicher Aufträge, wo immer dies möglich ist. In der Bundesregierung haben wir die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerksleistungen durchgesetzt. Wir halten am System der öffentlichen Banken und Sparkassen auch fest, um die Kreditversorgung für Mittelstand und Handwerk sicher zu stellen.

Kreditversorgung und qualifizierter Nachwuchs sind für kleine und mittelständische Unternehmen von besonderer Bedeutung. Beides ist nur sichergestellt, wenn die

öffentliche Hand stark ist. Das bestmögliche Schul- und Hochschulangebot macht den Mittelstand zukunftssicher.

Wir werden wieder einen Mittelstandsbeauftragten einsetzen, um die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ausreichend zu berücksichtigen und einen kontinuierlichen Mittelstands-Dialog im Wirtschaftsministerium etablieren.

Wir setzen auf eine neue Unternehmenskultur in NRW, die soziale Verantwortung und Leistungsstolz verknüpft und als Markenzeichen zum Gegenpol einer Mentalität der Gier macht. Im Bundesrat werden wir uns für klare Regeln und Begrenzungen von Gehältern, Bonuszahlungen und Abfindungen von Managern einsetzen.

Umwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen

Wir haben in NRW die besondere Situation, dass Natur und industrielle Produktion in enger Nachbarschaft liegen. Dadurch ergeben sich zwangsläufige Interessenunterschiede zwischen Ökonomie und Ökologie. Diese macht sich z.B. am Flächenverbrauch oder bei der Nutzung des Wassers bemerkbar. Die politische Aufgabe besteht darin, gesellschaftlich tragfähige Konsense zu finden, die Beschäftigung sichern, die Umwelt schützen und eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen Lebensräume erzielen. Dazu wollen wir eine Umweltverwaltung so stärken, dass sie wieder in der Lage ist, Rechte durchzusetzen und Gesetze zu vollziehen und deren Anwendung zu kontrollieren.

Lärm und Feinstaub reduzieren

Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die durchschnittliche Lebenszeit verkürzt. Die geltenden Grenzwerte der Feinstaubbelastung werden in verkehrsreichen Straßen immer wieder überschritten. Kommunen und Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Die SPD setzt sich für ein Konzept "Lärm- und Feinstaub reduzieren - Gesundheit schützen" ein. Die SPD will

▶ ein Lärmsanierungsprogramm auf der Landesebene, das Lärm von Flugzeugen, Fahrzeugen und von der Schiene konsequent eindämmt,

▶ eine nach Schadstoffausstoß und Uhrzeit gestaffelte LKW-Maut. Wir wollen endlich eine KFZ-Steuer, die ausschließlich an den Schadstoffausstoß gekoppelt ist,

▶ eine weitere Senkung der Emissionen aus Feuerungs- und Industrieanlagen,

▶ klare Regeln für Umweltzonen in NRW, denn dieser Umweltschutz ist Gesundheitsschutz für die Menschen in den betroffenen Regionen,

▶ eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der Bekämpfung von Feinstaub,

▶ die Weiterentwicklung und Stärkung des ÖPNV unterstützen.

NRW als Wasserland Nr. 1 stärken - Masterplan Wasser NRW umsetzen

Sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und für jeden Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein Recht auf sauberes und gesundes Trinkwasser. Nordrhein-Westfalen verfügt über zahlreiche Wasservorkommen. Trotz hoher Siedlungsdichte und der industriell geprägten Wirtschaft verfügen 18 Millionen Menschen über eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger gewährleisten dies bislang auf höchstem Niveau. Trotzdem muss die Ressource Wasser kontinuierlich vor Verunreinigungen geschützt werden. Dabei müssen beispielsweise den Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso Rechnung getragen werden wie den Veränderungen durch den Klimawandel.

Unsere Gewässer prägen sowohl die nordrhein-westfälischen Natur- als auch die Kulturlandschaft. Sie dienen vielen Tieren und Pflanzen als Lebensräume und bieten vielerorts Nahherholungsmöglichkeiten – das ist gerade in so einer dicht besiedelten Region wie NRW sehr wichtig. Die Belange von Mensch und Tourismusbranche müssen dabei im Einklang mit Umweltgesichtspunkten stehen. Von der Politik gesetzte hohe Standards haben die stetige Weiterentwicklung effizienter und umweltschonender Technologien forciert.

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Masterplan Wasser beschlossen, der die wesentlichen Herausforderungen und Handlungsfelder benennt. Die SPD setzt sich dafür ein, NRW dauerhaft zum Wasserland Nr. 1 zu machen.

Schwerpunkte müssen dabei auf folgende Bereiche gesetzt werden:

Wasserforschung und Energiegewinnung
Forschung und Entwicklung sind Motor des Fortschritts auf dem Gebiet der neuen Technologien in den Bereichen Trinkwasseraufbereitung und Abwasserbehandlung. Die Kompetenzen müssen ausgebaut, eine engere Verzahnung untereinander sowie mit der Wirtschaft gefördert werden. Eine auskömmliche, dauerhafte Finanzierung muss gewährleistet werden. Gleichzeitig muss in Zeiten dramatisch steigender Energiekosten und dem Bestreben, den CO2-Ausstoß zu reduzieren, jede Möglichkeit zur Nutzung regenerativer Energien im Wasserbereich geprüft werden. Die Erforschung vielfältiger Technologien zur Energiegewinnung etwa im Umfeld von Kläranlagen aber auch zur gewässerverträglichen Nutzung der Wasserkraft muss forciert werden.

Trinkwasser/Abwasser
Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und muss allen Bürgern in höchster Qualität zur Verfügung stehen. Der Einsatz entsprechender Technologien ist ebenso Voraussetzung wie ständige, kompetente Überwachung der Wasserqualität. Gleichzeitig muss der verantwortungsvolle, schonende Umgang mit der Ressource Wasser gewährleistet und der Eintrag von schädlichen Spurenstoffen minimiert werden. Die bestehende Infrastruktur muss daher in Stand gehalten bzw. an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Die öffentliche Abwasserbeseitigung in NRW ist vorbildlich. Eine Privatisierung dieser wichtigen öffentlichen Aufgabe lehnen wir ab.

Gewässerökologie und Freizeit
Die nordrhein-westfälischen Gewässer dienen vielen Bürgern für Naherholung oder auch sportliche Betätigung. Gleichzeitig sind sie Lebensraum verschiedenster Tier- und Pflanzenarten und bedürfen eines entsprechenden Schutzes. Die Interessen von Mensch und Natur müssen in ein entsprechendes Gleichgewicht gesetzt werden.

Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren

Der Boden stellt eine unvermehrbaren und unverzichtbaren Lebensfaktor dar. Er ist grundlegend für die landwirtschaftliche Produktion, er ist ein wichtiger CO2-Speicher und als Freifläche wichtig für die Erholung der Menschen - dies gilt insbesondere für eine dicht besiedelte Region wie NRW. Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick auf die Ressourcenknappheit, den Erhalt der biologischen Vielfalt, der sogenannten Biodiversität, und der zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine wachsende Bedeutung.

Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktionen, wie auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die Folgen sind langfristig und oftmals irreparabel: Neben der unmittelbaren Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden wird der Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer wachsenden Hochwassergefahr und einer gestörten Grundwasserneubildung. Biotope werden geschädigt oder zerstört, Landschaften werden zerschnitten, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit größeren Aktionsradien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen und Wälder fehlen nicht nur den Landwirten als Produktionsgrundlage, sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können ihre Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen. Für den Menschen gehen wichtige Erholungsräume und Kulturlandschaften verloren. Diese prägen auch das Bild von Heimat und stellen so auch eine große emotionale und soziale Bedeutung dar.

Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenverbrauch drastisch zu senken Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die Zerschneidung von Landschaften minimieren. Dazu brauchen wir ein gezieltes Umsetzungsprogramm für NRW mit klaren Zielen und Maßnahmen.

Kernpunkte sollten sein:

▶ Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im Klimaschutzkonzept der SPD-geführten Landesregierung für die Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden sind.

▶ Eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar zu verbessern.

▶ Eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und Agrarförderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlungen sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen und Baulücken.

▶ Eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industriebrachen.

▶ Eine Reform des Systems der Kommunalfinanzen, um Anreize zur weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu dämpfen und stattdessen die ökologische Aufwertung von Flächen zu honorieren.

▶ Eine Unterstützung aller Kommunen bei der Abschätzung der Kostenentwicklung von Wohnungsgebieten wie sie vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung mit dem Projekt LEANkom entwickelt wurde.

▶ Die Agrarpolitik des Landes muss Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern. Durch konkrete Zielvereinbarungen soll auch in NRW verstärkt der Bodenschutz und die Artenvielfalt geschützt werden.

▶ Eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen auf die demografischen Veränderungen und Flächen schonende Steuerung des Wettbewerbes um Einwohner.

Der Naturraum der Senne ist unumstritten der wertvollste Lebensraum und das artenreichste Naturreservat von Nordrhein-Westfalen. Über 5000 Tier- und Pflanzenarten gibt es auf dem 112 Quadratkilometer großen Truppenübungsplatz Senne, davon allein über 1000 Arten, die auf der Roten Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten stehen.

Wir setzen uns für einen Nationalpark in der Senne ein, der im Einklang mit der Bevölkerung der Anrainerkommunen und der militärischen Nutzung verwirklicht werden soll. Dabei spricht sich die NRWSPD eindeutig gegen den Bau von Kampfdörfern oder zusätzlicher Panzerstraßen aus. Dies würde das Ökosystem der Senne in erheblichem Ausmaß schädigen und den Erhaltungszustand entscheidend verschlechtern.

Biologische Vielfalt schützen

In Nordrhein-Westfalen gilt der weitaus überwiegende Teil der Lebensraumtypen als gefährdet. Das Überleben zahlreicher einheimischer Tier- und Pflanzenarten ist mehr als ungewiss. Der Verlust biologischer Vielfalt setzt sich fort. Damit werden unsere Ökosysteme weiter geschwächt und unser regionaltypisches Naturerbe verliert zunehmend seine Identität. Höchste Zeit, dass diese schlimme Entwicklung ein Ende findet.

Der Klimawandel wird zu einer zusätzlichen Belastung der biologischen Vielfalt führen. Bereits heute lassen sich seine Auswirkungen feststellen. Die Verbreitungsgebiete von Pflanzen und Tieren verlagern sich rasant, die Ökosysteme und ihre funktionelle Zusammenhänge werden gestört und verändern sich grundlegend. Der Verlust biologischer Vielfalt wird dadurch beschleunigt, wenn die nötigen Schritte nicht unternommen werden.

Die Landschaften in NRW spiegeln die Traditionen der dort lebenden Menschen wider. Das abwechslungsreiche Bild unserer Heimat hat sich über Jahrhunderte aus der Arbeit der Menschen mit den natürlichen Standortbedingungen entwickelt. Unsere Kulturlandschaften zeichnen sich auch durch besondere Tier- und Pflanzenwelten aus und haben für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger eine hohe emotionale und soziale Bedeutung. Die Kulturlandschaft und damit das Gesicht unserer Heimat ist durch die Industrialisierung der Landwirtschaft und den

Klimawandel bedroht. Die enorme emotionale Verbundenheit der Menschen mir ihrer Region ist bei der großen Ablehnung des Staatswaldverkaufes in der Eifel deutlich geworden.
Die CDU/FDP Landesregierung in NRW hat den Naturschutz und die Landwirtschaft nur unter dem Blickwinkel industrieller Agrarbetriebe betrachtet. Wir werden die massiven Einschnitte beim Naturschutz in NRW zurücknehmen und eine „NRW-Strategie zur Biologischen Vielfalt“ entwickeln, die analog zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt konkrete Ziele benennt und verwirklicht. Wir müssen alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren und bündeln, um die Gefährdung der biologischen Vielfalt im ersten Schritt zu verringern und zukünftig zu stoppen. Unser Ziel ist es, dass die biologische Vielfalt einschließlich der regionaltypischen Besonderheiten wieder zunimmt.

Kernpunke dieser Strategie müssen sein:

▶ Wir wollen, dass die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale Aufgabe der Landesplanung auf regionaler und lokaler Ebene wahrgenommen wird.

▶ Wir wollen, dass das Schutzgebietsnetzwerk der Natura 2000 mit Managementplänen aktiv begleitet wird und hier Trittstufen für die mit dem Klimawandel verbundene Wanderung von Arten ausgebaut werden.

▶ Wir wollen die Biologischen Stationen erhalten und deren Existenz dauerhaft sichern. Ziel bleibt es, in jedem Kreis mindestens eine biologische Station zu haben.

▶ Wir wollen das nationale Naturerbe dauerhaft bewahren. Ökologisch hochwertige Flächen im Eigentum der Öffentlichkeit sowie unser Staatswald dürfen nicht an Firmen oder Privatinvestoren verscherbelt werden. Wir wollen die Übertragung unserer landeseigenen Schutzgebietsflächen in eine Stiftung prüfen. Das Modell der "Bürgerwälder" wollen wir für die wirtschaftlich genutzten Staatswälder in NRW prüfen.

Den Tierschutz verbessern

Die SPD hat auf der Bundesebene durchgesetzt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir würdigen daher auch das hohe Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden.

Dabei stehen vor allem folgende Maßnahmen im Mittelpunkt: unserer politischen Ziele:

▶ Die Stärkung des Tierschutzes mittels eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen.

▶ Die Reduzierung der Tierversuche,

▶ Die Bedingungen von Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere tiergerechter auszugestalten; der von der SPD durchgesetzte Tierschutz-TÜV ist hierfür ein staatliches Steuerungsinstrument.

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Rechte sichern

Spätestens seit der Finanzkrise ist klar: Der Markt allein ist nicht in der Lage, soziale und ökologische Anforderungen der Gesellschaft zu regeln. Wir werden dem Markt Schranken setzen und Anreize geben, damit sozial und ökologisch nachhaltiges Handeln belohnt wird. Für uns ist aktive Verbraucherpolitik ein zentraler Teil unserer Wirtschaftspolitik. Wir wollen Verbraucherschutz so gestalten, dass nachhaltig produzierte Waren und Dienstleistungen zu einer höheren Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher beitragen, gesundheitliche und materielle Risiken verringert werden und die gesellschaftliche Teilhabe auch im Konsum gesichert wird. Die Daten der Verbraucherinnen und Verbrauchen müssen stärker geschützt werden. Wir stärken die Rechte von Verbrauchern als Kunden von Waren und Dienstleistungen jeglicher Art. Gerade vor dem Hintergrund globalisierter Märkte und neuer Vertriebswege wie Teleshopping und Internet müssen wir die Information und die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

Verbraucherrechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen tagtäglich durchgesetzt werden. Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Arbeit für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es deshalb, Verfahren und Organisationen zu stärken, damit Verbraucher zu ihrem Recht kommen. Verbraucherrechte müssen einfach und klar definiert werden, möglichst ohne Ausnahmen und Sonderregelungen. Die Verbraucher sollen sich mit Grundwissen und gesundem Menschenverstand im Geschäftsleben bewegen können, auch ohne ein Jurastudium oder ständige Rechtsberatung. Es müssen flächendeckend private und öffentliche Stellen vorhanden und in der Lage sein, die Verbraucher bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Der Zugang zu diesen Stellen muss einfach sein. Wir kämpfen für eine verlässliche Finanzierung und den flächendeckenden Ausbau der unabhängigen Verbraucherberatung in den Verbraucherzentralen, die oft die erste und einzige Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden sind. Darüber hinaus soll es unabhängige und für Verbraucher kostenlose Schlichtungsstellen zum Beispiel für die Bereiche Fahrgastrechte, Versicherungen oder E-Commerce-Unternehmen geben, die im Streitfall schnell und unbürokratisch helfen.

Moderne Verbraucherpolitik muss besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche legen, denn hier offenbart sich ein extremes Ungleichgewicht der Kräfte. Wirtschaftliche Interessen müssen dem besonderen Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen untergeordnet werden. Ihre Gesundheit beeinflusst maßgeblich ihre Startchancen ins Leben. Hier muss das Vorsorgeprinzip bedingungslos gelten.

Bisher verschließt sich die Konsumwelt weitgehend den Bedürfnissen vieler älterer Menschen und nimmt sie lediglich als sehr zahlungskräftige Gruppe mit entsprechenden Luxusangeboten in den Blick. Gleichzeitig hat sich eine Form der Altersdiskriminierung und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft breit gemacht, beispielsweise bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit oder bei der Leserlichkeit des „Kleingedruckten" auf der Verpackung. Dies ist für uns inakzeptabel! Ältere Menschen brauchen mehr Hilfestellung im Umgang mit den für sie teilweise neuen Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, diesen Wandel zu bewältigen und in den Genuss von Vorteilen, wie günstiger Internetangebote, zu gelangen.

Wenn circa 80 Prozent der Verbraucher Gentechnik in Lebensmitteln ablehnen, ist dies ein klares Votum. Wir in der SPD nehmen diese Ängste und Bedenken der

Menschen im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen ernst. Mit der Einführung der neuen „Ohne Gentechnik"-Kennzeichnung auf der Bundesebene hat die SPD echte Wahlfreiheit geschaffen. Verbraucher und Verbraucherinnen können nun gezielt nachfragen und die gentechnikfreie Wirtschaft unterstützen. Wir wollen auch eine Änderung des europäischen Rechts, damit die verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen möglich wird.

Wir wollen den Verbraucherschutz so gestalten, dass

- nachhaltig produzierte Waren und Dienstleistungen zu einer höheren Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher beitragen,
- gesundheitliche und materielle Risiken verringert werden,
- gesellschaftliche Teilhabe auch im Konsum gesichert wird,
- die Menschen die Befähigung erlangen, planvoll mit Geld umgehen zu können,
- der fairer Zugang zur unabhängigen Beratung gesichert ist,
- Daten der Verbraucher stärker geschützt werden,
- faire Zugangschancen zu den Märkten öffentlicher Güter bestehen,
- mehr Arbeitsplätze zu sozial und ökologisch verträglichen Bedingungen entstehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ernährungs- und Verbraucherbildung als verpflichtendes Schulfach aufgenommen wird, in dem elementare Kenntnisse in Ernährung, Medienkompetenz und Finanzen vermittelt werden.

Verkehrspolitik

Mobilität ist essenziell für jeden Menschen. Die Verkehrspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und Soziales sind gleichermaßen von verkehrspolitischen Fragestellungen betroffen.

Verkehrswege sichern das Zusammenleben der Menschen und sind die Lebensadern unserer Wirtschaft. Kein Bundesland ist so vom Funktionieren der verkehrlichen Infrastruktur abhängig, wie Nordrhein-Westfalen. Insbesondere dann, wenn der Verkehr gestört ist, merken wir, wie notwendig eine gut ausgebaute funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist.

Staus verursachen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich direkte und indirekte Kosten von 25 bis 100 Milliarden Euro. Staus sind volkswirtschaftlich schädlich, sie nerven und gefährden Verkehrsteilnehmer und die Umwelt.

Ein Umsteuern ist nötig. Man muss das Umsteuern wollen. Das heißt: Konsequente Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraße. Dies betrifft gleichermaßen den Personenverkehr wie den Frachtverkehr.
Deshalb sind die Kommunen aufgefordert, flächendeckende Infrastruktur nicht leichtfertig aufzugeben.

Dabei wissen wir angesichts von prognostizierten Verkehrssteigerungen für den Zeitraum 2005 bis 2025 von 75 Prozent, die vorrangig im Güterverkehr erfolgen werden, um die Begrenztheit der Kapazitäten auf allen Verkehrsträgern. Umso nötiger ist die effiziente Nutzung der Möglichkeiten aller Verkehrsträger. Die Wasserstraße bietet die meisten Kapazitäten, ihr folgt die Schiene. Besonders im westlichen Teil unseres Landes und im Ruhrgebiet haben wir die Belastungsgrenze der Straße längst überschritten.

Wir werden Straßen nur dort ausbauen, wo sie sinnvoll sind. Ortsumgehungen, Lückenschlüsse und der Ausbau von Autobahnen können zur Verkehrsvermeidung und Entlastung von Anwohnern beitragen.

Den Radverkehr wollen wir fördern. Er soll eine echte Alternative zum Auto nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Berufsverkehr werden. Die Radverkehrspolitik der Stadt Münster kann als Vorbild auch für andere Städte in unserem Land dienen. Wir wollen ein Radverkehrsnetz NRW das gleichermaßen beruflichen, touristischen und sportlichen Anforderungen gerecht wird.

Wir werden die Forschung und Einführung von alternativen Antrieben und alternativen Treibstoffen unterstützen. Eine starke Rolle wird dabei die Elektromobilität spielen. Die benötigte Energie dafür soll aus erneuerbaren Quellen stammen. Gerade im neuentstehenden Bereich der Elektromobilität muss von Anfang an der gleichberechtigte Zugang aller gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Kunden als auch für die entsprechenden Dienstleister. Deswegen werden wir einer Monopolbildung und einer Zementierung bestehender Machtverhältnisse auf dem Strommarkt durch Regulierungsmaßnahmen vorbeugen.

Jeder, der Busse und Bahnen nutzt, hilft damit der Umwelt. Verglichen mit einem PKW-Fahrer verursacht der Nutzer von Bussen und Bahnen weniger volkswirtschaftliche Kosten.

Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Busse und Bahnen müssen pünktlich, sauber und sicher sein. Unsere Einwohner müssen diese gerne benutzen wollen und als echte Alternative zum PKW begreifen.

Die Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung bei Bussen und Bahnen werden wir zurücknehmen. Wir beginnen mit der Absicherung des Schülerverkehrs. Dies ist für die Aufrechterhaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) insbesondere in ländlichen Gebieten wichtig.

Der ÖPNV muss sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche ein attraktiver Partner für die Menschen sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass keine weiteren Bahnstrecken still gelegt werden und unterstützen die Reaktivierung bereits still gelegter Strecken im öffentlichen Raum.

Wir werden die Einführung einer Landesgesellschaft Öffentlicher Personennahverkehr prüfen. Diese könnte die Interessen der regionalen Verkehrsverbünde bündeln, um gegenüber externen Verhandlungspartnern wie der Deutschen Bahn stärker auftreten zu können.

Den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wollen wir stärken und seine Qualität verbessern. Dazu muss der Anteil des Landes NRW an den Bundesregionalisierungsmitteln dem Bedarf entsprechend erhöht werden.

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb werden wir, wie schon bisher, die Einführung von Sozialtickets unterstützen.

Wir wollen den Güterverkehr auf der Wasserstraße stärken. Dafür brauchen wir mit Unterstützung des Bundes einen Ausbau unseres Kanalnetzes. Wir setzen uns für eine Novellierung des Hafensicherheitsgesetzes auf Landesebene ein. Die von schwarz-gelb beabsichtigte Verlagerung von hoheitsrechtlichen Sicherheitsaufgaben auf private und öffentliche Hafeneigentümer und -betreiber wurde von uns abgewendet. Wir brauchen wettbewerbsfähige Binnenhäfen und dürfen sie nicht schädigen. Kommunen sind aufgefordert, nicht leichtfertig Hafengebiete in Wohngebiete umzuwandeln.

Den Dreiklang von Wasserstraße, Schiene und Straße wollen wir fördern.

Nordrhein-Westfalen ist ökonomisch abhängig vom niederländischen Seehafen Rotterdam. Daher ist ein Ausbau der Betuwe-Linie dringend nötig. Durch den Bau des dritten Gleises wird die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft gestärkt. Gleichzeitig wird so erst die Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen durch den Bau von Unter- und Überführungen sowie von Lärmschutz für die anwohnende Bevölkerung ermöglicht. Wir setzen uns für die weitestgehenden Sicherheitsstandards ein.

Um einer einseitigen Abhängigkeit durch den Rotterdamer Hafen zu entgehen und weil der Antwerpener Hafen ein besonders wichtiger ist, brauchen wir eine leistungsfähige Schienenverkehrsverbindung von Antwerpen nach NRW. Diese muss zweigleisig und elektrifiziert sein, da nur so Kapazitäten geschaffen werden, die weiteren LKW-Verkehr vermeiden helfen. Am ehesten scheint dies eine Schienenverbindung entlang der A 52 zu gewährleisten. Dieser Meinung sind alle vier Fraktionen des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Der Bundesverkehrsminister ist nun aufgefordert, den erklärten Willen des Parlaments in die Verhandlungen mit den Königreichen Belgien und Niederlande einzubringen. Die Interessen der Anwohner sind durch die Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen und Lärmschutz zu gewährleisten. Ebenfalls ist zu prüfen, ob die Strecke auch für den Personenverkehr genutzt werden kann.

Einen Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab.

Luftverkehr

Noch immer gilt das Luftverkehrskonzept 2010, das unter der SPD-geführten Landesregierung ausgearbeitet worden war, unverändert. Eine Aktualisierung ist geboten. Fluggäste, Beschäftigte, Anwohner und Investoren müssen wissen, wohin die Reise in der Luftverkehrspolitik geht. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir werden das Luftverkehrskonzept 2010 im Dialog mit allen Beteiligten überarbeiten und weiterentwickeln. Der Grundgedanke des dezentralen Luftverkehrs für NRW ist und bleibt richtig. Einen Mega-Großflughafen auf der grünen Wiese lehnen wir ab. Es wird keine Direktsubventionen für Flughäfen geben.

Wir wollen Innovationen im Verkehrsbereich voranbringen. Dazu gehört, dass wir offen auch für ungewöhnliche Lösungen sein wollen. Dies schließt beispielsweise die Überprüfung von "Cargo-Cap" und anderer Versuchsreihen auf Alltagstauglichkeit ein.

V. Solidarische Gesellschaft

Niemand, der mit offenen Augen durch NRW geht, kann es übersehen: Die soziale Not in unserem Land hat deutlich zugenommen, die Armut wächst. Armut beschädigt die Würde des Menschen. In NRW ist inzwischen jeder Vierte armutsgefährdet. Es macht uns Sorge, dass der Bedarf an Tafeln, Suppenküchen und Sozialkaufhäusern in den vergangenen Jahren immer größer geworden ist. Diese bedrückende Entwicklung lässt uns nicht ruhen. Unser Dank gilt den vielen Helferinnen und Helfern bei den Kirchen, Sozialverbänden und privaten Initiativen wie den Tafeln. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und eine umfassende Teilhabe sind Richtschnur und Maxime unseres politischen Handelns. Wir handeln umfassend, um Armut in NRW nachhaltig zu bekämpfen. Dazu brauchen wir ein gezieltes Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits-, Familien- und Integrationspolitik.

Familie ist da, wo Kinder sind

Wir müssen Kinder stark machen, ganz egal ob sie von beiden Elternteilen, von nur einem Elternteil oder in anderen Lebenszusammenhängen betreut werden. Dabei gilt insbesondere: Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die Förderung der Familien durch den Staat muss den notwendigen sozialen Ausgleich schaffen. In der Vergangenheit ist Familienförderung fast ausschließlich fiskalisch über Kindergeld und Steuerfreibeträge geschehen. Statt in gute Bildungs- und Betreuungsangebote zu investieren, wurde das Geld vor allem an die Eltern verteilt. Heute müssen wir erkennen, dass dieses System, vor allem in Bezug auf die Bildung, Gewinner und Verlierer geschaffen hat. Nicht alle Kinder haben zuhause die notwendige Unterstützung bekommen. Wer Familienförderung weiterhin ausschließlich fiskalisch betrachtet, versündigt sich an künftigen Generationen.

Wir werden an die Bildungsfragen anders als bisher herangehen und die Bereiche Soziales, Jugend, Bildung und Familie so zusammenführen, dass sie individuelle und maßgeschneiderte Lösungen für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Kommunen, die sich zu Verantwortungsgemeinschaften für Kinder und Jugendliche entwickeln müssen. Dafür benötigen sie die entsprechenden finanziellen Spielräume.

Kinderarmut überwinden

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass heute fast jedes vierte Kind arm ist. Das Problem der Kinderarmut ist nur zu lösen, wenn es gelingt, die Elternarmut zu bekämpfen. Deshalb werden wir so viele Eltern wie möglich in die Lage versetzen, den Lebensunterhalt mit eigener Erwerbsarbeit zu bestreiten.

Unter einer sozialdemokratischen Landesregierung werden wir zügig gemeinsam mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sowie anderen geeigneten Partnern ein Maßnahmenprogramm erarbeiten, um Kinder aus einkommensschwachen Familien besonders zu unterstützen.

Um allen Kindern ein Aufwachsen im Wohlergehen zu ermöglichen, setzen wir uns für eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung ein, die sich an altersspezifischen Bedarfen orientiert. Diese muss zwei Elemente absichern: Das sächliche Existenzminimum sowie die Aufwendungen für Bildung, Betreuung und Erziehung.
Dabei muss sichergestellt werden, dass die Grundsicherung in vollem Umfang allen Kindern zur Verfügung steht und in der Summe nicht zu Verlusten für die Familien führen darf. Darüber hinaus setzen wir uns für die Wiederaufnahme einmaliger Beihilfen für Kinder ins Sozialgesetzbuch ein.

Der Schlüssel zur langfristigen Bekämpfung von Kinderarmut liegt aber auch in einer anderen Bildungspolitik. Statt wie bisher auf direkte Geldleistungen an die Familien zu setzen, gilt es Familien zielgenau zu unterstützen. Dazu gehört für uns das flächendeckende Angebot von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sowie ein gebührenfreies Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Universität. Allein diese Gebührenfreiheit ermöglicht es allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, am Bildungssystem teilzuhaben. Daneben gewährleistet sie, dass Leistungen zielgenau bei den Kindern ankommen.

Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel gestalten.

Wir sehen den demografischen Wandel als eine zentrale Gestaltungsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und Querschnittaufgabe aller Ressorts und aller staatlichen Ebenen werden muss. Dies gilt für den Aspekt des Rückgangs der Gesamtbevölkerung, die Alterung der Gesellschaft und die wachsende Vielfalt in den Städten und Gemeinden.

Der demografische Wandel birgt für die Zukunftsperspektiven Nordrhein-Westfalens Risiken und Chancen. Grundsätzlich gilt: Nicht das Altern und der Rückgang der Bevölkerung sind die Probleme. Es kommt darauf an, die ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Umbrüche erfolgreich zu gestalten sind. Daher ist auch nicht das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Jung und Alt die entscheidende Größe für die Finanzierung des Sozialstaats, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft: Eine immer größere nichterwerbstätige Bevölkerung kann von einer immer kleineren Gruppe von Erwerbstätigen in dem Maße mitversorgt werden, in dem die Produktivität steigt. Mehr Senioren und weniger Kinder führen nicht zwangsläufig zu weniger Wohlstand. Daher konnte auch in der Vergangenheit der demografische Wandel bei steigendem Wohlstand und dem Ausbau des Sozialstaats bewältigt werden.

Wir werden den demografischen Wandel sozial gerecht gestalten. Dabei orientieren wir uns an folgenden Leitsätzen:

▶ Die Menschenwürde ist in jeder Lebensphase zu wahren.

▶ Seniorinnen und Senioren müssen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

▶ Soziale Sicherheit im Alter ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben.

▶ Diskriminierungen wegen Alters sind zu überwinden.

Ältere Menschen – vor allem aber nicht nur – mit sozialen Benachteiligungen bedürfen spezifischer Maßnahmen, wie z.B. in der Weiterbildung, um ihre volle Integration in die Gesellschaft zu gewährleisten.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen im Alter menschenwürdig leben können. Dies schließt die finanziellen Möglichkeiten zur Führung eines eigenständigen Haushaltes ebenso ein wie die Mittel zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Das Rentensystem muss den gerechtfertigten Anspruch einlösen, für jahrzehntelange Beitragszahlungen ein Rentenniveau zu sichern, das über dem Existenzminimum liegt und den Lebensstandard sichert.

Bei vielen Älteren ergibt sich nach einem langen und gesunden Leben eine letzte Lebensphase, in der Versorgung und Betreuung wichtiger werden. Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, dass es ausreichend Kapazitäten für die Pflege gibt. Dazu gehört, den Beruf der Altenpflegerin und den Altenpflegers attraktiver zu gestalten und vor allem jene Formen der ambulanten Pflege besonders zu fördern, die ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung oder im familiären Umfeld möglich machen, wie es sich die große Mehrheit der Menschen wünscht.

Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, die auch im Alter hier leben, steigt ständig. Um auf die individuellen Bedürfnisse der Menschen in jeder Lebensphase besser eingehen zu können, muss Kultursensibilität als Leitgedanke in allen Planungen einbezogen werden. Besondere Kompetenzen zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe müssen stärker genutzt und begleitet werden.

Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik geht von differenzierten Altersbildern aus. Es lassen sich zwei Grundtendenzen beschreiben: Die „jungen Alten“, die ihre Erwerbsphase gerade abgeschlossen haben, gesund und mobil sind; die „alten Alten“, die oft Hochaltrigen und körperlich Eingeschränkten.

Viele ältere Menschen leben auf dem Land und wollen in ihrer dörflichen Gemeinschaft bleiben. Kinder und andere Familienangehörige leben oft nicht mehr am gleichen Ort. Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, soziale und kulturelle Einrichtungen sind weit weg. Wohnqualität und Mobilitätsangebote hängen eng zusammen.

Eine besondere Rolle spielt der soziale Wohnungsbau. Dieser versetzt die Kommunen in die Lage, selbst auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu reagieren und nachgefragten Wohnraum auch anzubieten. Er muss weiterhin gefördert und vor Privatisierung geschützt werden.

Von besonderer Bedeutung sind Angebote alternativer Wohnformen in schon bestehenden kommunalen Wohnquartieren. Existierende soziale Netzwerke und infrastrukturelle Voraussetzungen stellen die Kontinuität von Lebensbezügen für die Menschen sicher und ermöglichen ihnen den Verbleib im vertrauten Umfeld auch bei hohem Unterstützungsbedarf.

Wir brauchen eine größere Anstrengung um öffentlich-geförderte und frei finanzierte Wohnungen behindertengerecht auszubauen. Die Menschen sollen so lange wie möglich, wie sie wollen in ihren Wohnungen und ihrer Wohnumgebung leben können. Dort können sie auf ihre sozialen Netzwerke und die ihnen bekannte

Infrastruktur zugreifen. Deswegen sollte es auch alternative Wohnformen und Pflegewohnungen im Stadtteil geben, wenn die eigene Wohnung nicht entsprechend ausgebaut werden kann.

Das Wohnen im Quartier, im Stadtteil, im Dorf, wird mit steigendem Lebensalter zum Mittelpunkt des Alltags. Deshalb ist die Teilhabe und Mitwirkung der Bewohner an der Gestaltung des öffentlichen Raumes von besonderer Bedeutung. Das Bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen steigt stetig. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Wohlfahrtsverbände und die Seniorenvertretungen in den Städten. Im Quartier kann auch sichergestellt werden (z.B. über Quartiersmanager/innen), dass Informations-, Beratungs- und Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Niedrigschwellige Angebote und die Unterstützung ehrenamtlicher Hilfe können so besser organisiert werden.

Das solidarische Gesundheitswesen sichern und stärken

Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und zuverlässige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Niemandem darf eine erforderliche Behandlung oder Pflege versagt bleiben, weil er die entstehenden Kosten nicht tragen kann. Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitswesen. Die gesetzliche Krankenversicherung ist dafür die tragende Säule, die Umlagefinanzierung ist ein krisenfester Stabilisierungsfaktor bei der Finanzierung. Wir streben zunächst die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Wir wollen die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiter entwickeln.

Wir wollen auch weiterhin eine flächendeckende, bedarfsgerechte und für jeden ohne Hürden zugängliche medizinische Versorgung sicherstellen. Dazu nehmen wir alle Verantwortlichen in die Pflicht: Krankenkassen, Ärzte und ihre Organisationen, alle anderen Medizin- und Pflegeberufe, Krankenhäuser, Hospize, die Träger von Pflegestationen und –heimen, die Landschaftsverbände, Apotheker, die Pharma- und Gerätebranche und auch Bund, Länder und Gemeinden

Auch in den ländlichen Regionen muss die Basisversorgung durch Hausärzte und Krankenhäuser gesichert sein. Wir sorgen dafür, dass die Krankenhausplanung in der Verantwortung des Landes bleibt und nicht zum Freibrief für Gewinnorientierung wird. Nur so bleibt der öffentlich-rechtliche Versorgungsauftrag gesichert.

Um insbesondere die Kosten für Pharmaprodukte eindämmen zu können, bedarf es auch in Zukunft des unabhängigen Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWIG) mit einer unabhängigen wissenschaftlichen Leitung. Zudem setzen wir uns für die Einführung einer Positivliste für nachweislich wirksame Medikamente ein.

Wir stellen uns konsequent auf die Seite der Patientinnen und Patienten und werden alles tun, um eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern. Dazu werden wir in NRW das Amt einer Patientenbeauftragten oder eines Patientenbeauftragten einrichten.

Wir werden die Patientenrechte weiter stärken und durch ein unabhängiges Beratungsangebot für die betroffenen Personen transparenter machen.

Wir werden Prävention und Gesundheitsförderung stärken. Das beginnt für uns frühzeitig in den Familien, den Kindertagesstätten und Schulen, setzt sich aber auch im Wohnumfeld und am Arbeitsplatz fort.

Unsere Drogen- und Suchtpolitik bezieht ausdrücklich legale Suchtstoffe wie Alkohol, Tabak und Medikamente sowie Spiel- und Internetsucht mit ein. Wir verfolgen einen Ansatz, der Vorbeugung, Behandlung und rechtliche Fragen einschließt. Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand.

Wir wollen schon unsere Kinder so stark machen, dass sie der Flucht in Suchtverhalten nicht zum Opfer fallen. Wir haben erreicht, dass die Verantwortlichen der Suchthilfe gut miteinander vernetzt sind. Die freie Wohlfahrtspflege hat ein nahezu flächendeckendes Hilfssystem für Menschen aufgebaut, die von Sucht betroffen sind. Aber seit 2007 werden die Landesmittel im Bereich der Suchtbekämpfung pauschal den Kommunen zugewiesen, ohne dass Schwerpunkte vereinbart wurden. Das Land hat sich damit aus der Weiterentwicklung der Drogen- und Suchtpolitik verabschiedet. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass gut arbeitende Netze erhalten bleiben, Ziele definiert und trotz enger finanzieller Ressourcen neue Angebote entwickelt werden können.

Psychische Erkrankungen nehmen in unserer Gesellschaft zu. Trotzdem werden sie vielfach tabuisiert. Nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts zeigt jedes fünfte Kind psychische Auffälligkeiten, jedes zehnte Kind ist aufgrund von Ängsten, Depressionen, ADHS oder Störungen des Sozialverhaltens behandlungsbedürftig. Die Unterversorgung ist der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist alarmierend. Nur ein Zehntel der behandlungsbedürftigen Kinder ist angemessen versorgt, in vielen Regionen gibt es Wartezeiten bis zu einem halben Jahr. Wir werden hier sofort und entschlossen handeln.

Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität zugenommen. Wir werden Organisationen finanziell fördern, die im Bereich der Beratung, Begleitung und personalkommunikativen Prävention unverzichtbar sind. Prävention ist und bleibt die einzige wirksame Maßnahme zur Verhinderung weiterer Ansteckungen mit HIV. Wir wirken jeder Diskriminierung und Ausgrenzung von Infizierten und Erkrankten entgegen.

Die Gesundheitswirtschaft ist schon heute die beschäftigungsstärkste Branche in Deutschland. Medizinischer Fortschritt, die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft und ein verstärktes Gesundheitsbewusstsein in weiten Teilen der Gesellschaft sorgen dafür, dass die Branche auch in Zukunft wachsen wird. Wir werden wichtige Weichenstellungen vornehmen, damit dieses Wachstum nachhaltig ist. Dazu gehört, jetzt innovative Konzepte umzusetzen und für genügend qualifiziertes Personal zu sorgen. Die heutige sektorale und durch Budgets noch verfestigte Abschottung der verschiedenen Versorgungsbereiche steht einer Weiterentwicklung im Wege.

Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben für uns auch im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert. Gerade für den wichtigen Dienst am Menschen muss ein auskömmliches Einkommen selbstverständlich sein. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben, die regeln, dass aus

Sozialbeiträgen finanzierte Arbeitsplätze grundsätzlich sozialversicherungspflichtig und tarifgebunden sein müssen.

Politik für Menschen mit Behinderung

Menschen sind verschieden, das macht unsere Gesellschaft reicher. Rund zehn Prozent der Bevölkerung haben eine Behinderung, die wenigsten von ihnen von Geburt an. Jeder kann jederzeit von Behinderung selbst oder im engsten Umfeld betroffen sein. Es ist die zentrale Aufgabe des Sozialstaats, die Nachteile, die Menschen mit Behinderungen entstehen, auszugleichen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, am kulturellen und am Arbeitsleben zu gewährleisten. Eine barrierefreie Umgebung ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Dafür bedarf es besserer gesetzlicher Rahmenbedingungen. Was heute unnötig getrennt wird, kann morgen nur schwer wieder zusammen gefügt werden. Wir wollen so viele Menschen mit Behinderungen wie nur möglich in Regel-Kindergärten, Schulen, Universitäten und Betrieben ausbilden und beschäftigen, statt zu viele von ihnen in speziellen Kindergärten, Förderschulen und Werkstätten für behinderte Menschen.
Gestärkt werden müssen diese Einrichtungen für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen, bei denen eine Förderung im regulären Schulbetrieb oder die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt nur sehr schwer möglich ist. Wir müssen soweit wie möglich weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Grundsatz der Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe.

Gleichberechtigt leben

Unser Ziel ist ein selbstbestimmtes und partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen und notwendige Voraussetzung für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen. Das schließt die Besetzung von mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen ein. Wir müssen für alle Frauen den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen.

Familie ist für uns dort, wo Kinder sind, wo Generationen und Lebenspartner Verantwortung füreinander übernehmen. Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung warten weiter auf eine Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Wir wollen das uneingeschränkte Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften. Der Abbau von Diskriminierung wird in der neuen Landesregierung eine Querschnittsaufgabe mit besonderer personeller Zuständigkeit sein.

Wir stehen für ein offenes und tolerantes Klima in unserer Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität ihr Leben gestalten können. Wir bekämpfen Homophobie und machen klar: Menschliches Zusammenleben ist vielfältig. Dies gilt es bereits frühzeitig zu vermitteln und Beratungsangebote und Präventionsarbeit zu stärken, die sich gegen Gewalt und Intoleranz richten, etwa im Sportverein.

Auch Lesben und Schwule werden älter. Deshalb unterstützen wir Wohnmodelle und Pflegeeinrichtungen, die den Bedürfnissen von älteren Frauen und Männern entsprechen, die offen mit ihrer Homosexualität umgehen wollen.

Schutz und Hilfe vor Gewalt für Frauen und deren Kinder

Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf Schutz und Zuflucht sowie auf Beratung und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder ein. Wir werden die, mit dem Haushalt 2006 durch die CDU-FDP-Koalition vorgenommene 30%-Kürzung der Landeszuweisungen bei den Frauenhäusern zurücknehmen und damit die nachsorgende Begleitung wieder verbessern. Außerdem setzen wir uns weiterhin für die Wiedereinrichtung der Landesfachstelle ein, die die Arbeit der Frauenhäuser unterstützten, koordinieren und bündeln sollte. Damit kann auch die notwendige Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt verbessert werden.

Integration voranbringen

Nordrhein-Westfalen war und ist Einwanderungsland. Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft haben unser Land gemeinsam aufgebaut. Wir wollen, dass alle Menschen in NRW – egal welcher Herkunft und welcher Hautfarbe – die Chance auf einen sozialen Aufstieg für sich und ihre Kinder haben. Integration bedeutet somit für uns, dass jeder aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben kann.

Die hier lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Nachkommen haben in NRW eine Heimat gefunden und sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft geworden.

Gelungene Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller an Arbeit und Bildung, beim Wohnen und im gesellschaftlichen Leben. Sie verlangt im täglichen Leben eine Kultur der Anerkennung des gleichen Wertes aller Menschen unabhängig von ihrer religiösen oder kulturellen Identität. Wir werden sie fördern.

Unsere Integrationspolitik basiert auf den drei Grundpfeilern soziale Chancengerechtigkeit, kulturelle Anerkennung und politische Partizipation. Wir wollen, dass alle aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Insbesondere die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen Sprache zentral. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen. Es gilt aber auch die Chance, die das Beherrschen der eigenen Muttersprache bietet, wahrzunehmen.

Chancengleichheit bedeutet auch Rechtssicherheit. Wir werden die unselige Praxis der Kettenduldungen endlich beenden. Flüchtlinge, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten und integriert haben, sollen ein Aufenthaltsrecht erhalten.

Wir werden den Gesinnungstest in NRW wieder abschaffen und sämtliche gespeicherten Daten vernichten.

Die Anerkennung der kulturellen Eigenheiten festigt nicht nur das Selbstwertgefühl der Migrantinnen und Migranten. Die vielfältigen kulturellen Erfahrungen bereichern zudem unsere Gesellschaft und bieten in der globalisierten Welt einen Erfahrungsschatz, der für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von unschätzbarem Wert ist.

Wir unterstützen die freie Religionsausübung, die unser Grundgesetz garantiert. Dazu gehört für uns auch das Recht, eigene Gotteshäuser zu errichten. Wir widersetzen uns den Tendenzen, die dieses berechtigte Anliegen für ihre undemokratischen Aktivitäten nutzen.

Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Dazu ist die politische Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund unabdingbar. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass auch Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, aber seit Jahren in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht erhalten.

Ausdruck erfolgreicher Integration ist auch, dass die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, z.B. in Schulen, bei der Polizei und Behörden im Allgemeinen zum Normalfall wird. Viele Zugewanderte haben in den vergangenen Jahrzehnten den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt und erfolgreiche Unternehmen gegründet. Wir suchen das Gespräch mit Ihnen, auch um gezielt zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen.

VI. Eine Gemeinsame Kultur

Kulturelle Teilhabe für alle

Wir treten ein für die Förderung und die Freiheit von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für Wenige sein. Wir werden sie für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar und zugänglich halten. Ein breites Kulturangebot macht unser Land lebens- und liebenswert. Das gilt für Highlights in den Zentren genauso wie für Kulturangebote in kleinen Städten oder im ländlichen Raum. Wir brauchen keinen staatlichen Kulturzentralismus. Zu einer weltoffenen, toleranten und friedfertigen Gesellschaft tragen Kultur, Sport und bürgerschaftliches Engagement wesentlich bei.

Die SPD streitet für eine Stärkung der Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik: gerade in Land und Kommune, im Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Markt, für Kultur als öffentlichem Gut, für geeignete Rahmenbedingungen, damit sich Kunst und Kultur frei entfalten können und dafür, dass kulturelle Bildung, das kulturelle Erbe und die Kunst der Gegenwart allen Menschen zugänglich sind.

Unser Ziel bleibt es, die sozialen Verhältnisse kultivierter und die kulturellen sozialer zu gestalten. Wir wollen demokratische Kultur und kulturelle Demokratie verwirklichen. Wir bekennen uns zur Kultur als zentraler Kraft für Modernität und Aufbruch. Die Verleihung des Titels Kulturhauptstadt 2010 an die Metropole Ruhr hat unsere Entscheidung eindrucksvoll bestätigt, auf Kultur als Motor des Wandels zu setzen. Kunst und Kultur stehen im Zentrum sozialdemokratischer Politik!

In unserer Landesverfassung heißt es: "Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern." Das ist für uns ein hochrangiger Handlungsauftrag. In unserem Land liegt der Schwerpunkt der Kulturförderung in den Städten und Gemeinden und im zivilgesellschaftlichen Engagement. Wir betrachten Kulturpolitik in NRW deshalb als eine Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen und Land, die in gemeinsamer Verantwortung mit den gesellschaftlichen Kräften wahrgenommen wird.

Wir haben die Ernennung der Region Ruhr zur Kulturhauptstadt 2010 erreicht, ein Projekt, das über seine symbolische Bedeutung für unser Land hinaus, eine Fülle neuer und bleibender kultureller Initiativen schafft.

Wir packen den "Kultur-Rucksack für jedes Kind". Alle Kinder und Jugendlichen (vom Kindergarten bis zum 16.Lebensjahr) erhalten jedes Kindergarten- bzw. Schuljahr einen kleinen Rucksack, gefüllt mit dem nötigen Kulturproviant, den sie für ein ganzes Jahr brauchen. Er besteht aus altersgemäßen Bildungs- und Kreativitätsangeboten in den Sparten Theater, Tanz, Musik, Bildende Kunst und Literatur. Der Kulturrucksack soll Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an kulturelle Einrichtungen, aber auch an eigenes künstlerisches Tun heranführen.

Wir werden das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur weiter ausbauen und fördern. Für die Jugendlichen soll es ein Bildungs- und Orientierungsjahr sein, in dem sie freiwilliges Engagement mit ihrer persönlichen und beruflichen Weiterbildung verbinden können.

Wir werden die regionale Kulturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe zwischen Land, Kommunen, Regionen, Verbänden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärken und ihr neue Impulse geben.

Wir werden die freie Kulturszene und die soziokulturellen Zentren, vor allem auch durch qualifizierte Mitarbeiter, verstärkt fördern.

Sicherung der finanziellen Grundlagen

Wir stehen für die Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Kultur ein. Auch wenn ökonomische Sekundärbegründungen bei verschärften Verteilungskämpfen verständlich sind, darf Kulturpolitik gerade in der Wirtschaftskrise, die uns die Grenzen marktradikaler Ideologie vor Augen geführt hat, nicht abgleiten in betriebswirtschaftliche Argumente und kulturferne Denkmuster.

Kultur ist geistige Lebensgrundlage der Menschen und öffentliches Gut. Die kulturelle Infrastruktur und Förderung, die aktivierende Kulturpolitik sind keine Subventionen, sondern Investitionen in Zukunft und Fortschritt. Gerade die SPD ist der Ansprechpartner, um die Lösung der großen Probleme vieler Kultur- und Medienschaffender und in der Kreativwirtschaft Tätiger voranzubringen: der sozialen Sicherung im flexiblen und oft prekären Leben und unter Soloselbständigkeit; der gerechten Vergütung kreativer Arbeit gerade auch in der digitalen Welt; der Stärkung der einzigartigen Künstlersozialversicherung.

Auch heute kann nur eine Minderheit der rund 30.000 Künstlerinnen und Künstler allein von ihren kulturellen Tätigkeiten leben. Sie alle verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Deshalb hat der Staat nach unserer Auffassung eine besondere Verantwortung für die soziale Absicherung der Künstler. Die Anstrengungen des Landes bei der individuellen Künstlerförderung sind bisher marginal und sind dringend auszubauen.

Wir werden Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in einem Bibliotheksgesetz NRW regeln.

Wegen ihres großen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials ist die Kultur- und Kreativwirtschaft für uns Sozialdemokraten eine Schlüsselbranche mit zunehmender Dynamik. Stärker als andere Branchen besteht sie aus vielen Freischaffenden und kleinen Unternehmen, die es im Unterschied zu großen Konzernen viel schwerer haben, ihre Interessen zu vertreten. Auch deshalb wollen wir für die kreativen Milieus in unserem Lande möglichst optimale Rahmenbedingungen schaffen.

Eine Kultur wechselseitiger Anerkennung

Wir bejahen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft und befürworten den Dialog der Kulturen als ein wichtiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung.

Wir fördern eine Kultur der Anerkennung für alle, die kulturelle Vielfalt und Pluralismus nicht einschränkt durch missverständliches Gerede über Leitkultur und nationaler Identität. Jedoch: Das Erbe der Aufklärung und die universalen Menschenrechte sind unantastbar. Frauen sollen gleichberechtigt sein, Mädchen frei und in ungezwungenem Umgang mit Gleichaltrigen aufwachsen können. Wir wissen, dass dies noch nicht überall der Fall ist. Wir wissen aber auch, dass die große Mehrheit der Migranten anders denkt. Wir suchen den Dialog. Anerkennung bewährt sich erst wirklich in der gleichen Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Kultur an den Chancen und Ressourcen unserer Gesellschaft. Davon lässt sich unsere Politik in allen Teilbereichen, besonders der Bildung, leiten.

Die SPD setzt sich für kulturelle Bildung ein, gerade auch um der kulturellen und sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Kulturelle Bildungsangebote sollten pflichtige Aufgaben aller Bildungseinrichtungen und integraler Bestandteil aller Kulturinstitutionen sein.

Sport ist Teil unserer Alltagskultur

Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Alltagskultur. Er ist eine nachhaltige Integrationskraft unseres gesellschaftlichen Lebens. Er bietet den Menschen exzellente Möglichkeiten, ethnische, kulturelle und soziale Grenzen und Unterschiede zu überwinden. Sport bietet vielfältige Chancen der Identifikation mit dem Heimatland, der Heimatstadt oder der Region. Wir fördern die Selbstständigkeit bürgerschaftlichen Engagements im Sport. Unsere Gesellschaft braucht ehrenamtliches Engagement!

„Sport für alle“ ist das Ziel der NRWSPD, ebenso wie vielfältige Sport- und Bewegungsangebote vor Ort und sozialverträgliche Mitglieds- und Nutzungsbeiträge. Sportstätten für die Allgemeinheit und den Breitensport müssen erhalten bleiben. Wir werden uns für die Schaffung weiterer Sportschulen in NRW einsetzen, in denen talentierte Kinder und Jugendliche mit ihren sportlichen Fähigkeiten besonders gefördert werden und gleichzeitig eine qualifizierte Schulausbildung erhalten. Wir verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe, die nur in enger Kooperation mit den Politikbereichen Stadtentwicklung und Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitsförderung, Kinder- und Jugendpolitik, Bildungspolitik, Schulentwicklung sowie Generationenpolitik weiterentwickelt werden kann. Wir unterstützen den Sport von Kindern und Jugendlichen, da er ihre Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit fördert. Dazu gehört eine ausreichende Zahl von Lehrern im Schulsport, damit Sportunterricht im vorgesehenen Umfang erteilt wird.

Bei der Förderung des Leistungssports unterstützt die NRWSPD alle Aktivitäten, bei denen besonderer Wert auf Chancengleichheit beim Entdecken von Talenten gelegt wird. Wir treten für einen humanen Leistungssport ein, bei dem Respekt, Toleranz und Unversehrtheit im Vordergrund stehen. Leistungs- und Spitzensportler motivieren viele Menschen, selbst aktiv Sport zu treiben. Dabei stehen wir für einen sauberen Sport und bekämpfen Doping.
Internationale sportliche Erfolge, Meisterschafts- und Olympiamedaillen sind Identifikations- und Aushängeschilder und bieten Möglichkeiten für jeden, ein Wir-Gefühl zu entwickeln.

Um Talente zur Entfaltung zu bringen, benötigen die Athletinnen und Athleten sozial- und strukturell stabile Lebensbedingungen. Insofern brauchen die Talente die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht die Talente.

Medienpolitik für die Demokratie

Demokratie braucht starke und unabhängige Medien und das Medienland Nordrhein-Westfalen braucht eine gute Medienpolitik.

Eine moderne Demokratie kann nicht existieren ohne verantwortliche, der Demokratie verpflichtete Medien. Sie sind für uns Kultur- und Wirtschaftsgut. Deswegen werden wir das duale Rundfunksystem stärken. Das ist wichtig für die öffentlich-rechtlichen und privaten Anbieter in Nordrhein-Westfalen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt gerade in einer immer vielfältiger werdenden Medienlandschaft eine unverzichtbare Säule. Durch medienpolitische Anreize wollen wir die Voraussetzung schaffen, dass auch private Veranstalter ihrer öffentlichen Aufgabe unter schwierigen Rahmenbedingungen gerecht werden können.

Wir setzen auf die Vielfalt der NRW-Verlage, die längst zu Medienhäusern geworden sind. Sie sind gerade im Lokalen und Regionalen für den Zusammenhalt und den Willensbildungsprozess unverzichtbar. Deswegen wollen wir Chancen eröffnen, Qualitätsjournalismus über alle Verbreitungsformen und -wege zu ermöglichen.

Dabei werden wir geleitet von der Idee: So viel Vielfalt wie möglich. Zugleich werden wir, in Verantwortung für unsere Demokratie, dort wirksame Maßnahmen ergreifen, wo Vielfalt durch Meinungsmacht gefährdet wird.

Die Vielfalt des erfolgreichen Lokalfunks in NRW wollen wir auch in der digitalen Welt sichern helfen.

Digitale Teilhabe und Sicherheit

Die Chancen des Internets nutzen
Unsere Welt ist innerhalb weniger Jahre in ein digitales Zeitalter katapultiert worden. Die neuen Technologien bieten große Chancen und Möglichkeiten für neue Arbeits- und Lebensformen und der Teilhabe in einer lebendigen Demokratie. Damit verbunden sind tiefgreifende Umwälzungen im gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Wir wollen eine lebenswerte digitale Welt gestalten, in der Menschen in einer freiheitlichen Demokratie leben und arbeiten können.

Die Digitalisierung schreitet in allen gesellschaftlichen Bereichen voran und verändert Medien und Mediennutzung. Das begreifen wir als große Chance für unsere Demokratie. Deswegen machen wir aus dem Medienland NRW das Medienkompetenzland NRW. Wir wollen, dass es keine Spaltung der Gesellschaft gibt und alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen können. Das ist wichtig für die Demokratie und für die Innovation. Wir machen die Nutzerinnen und Nutzer stark, damit sie sich sicher in dieser neuen Medienwelt bewegen können und damit sie Kompetenz im Umgang mit Informationen und Daten besitzen. Zur Medienkompetenz gehört für uns auch, die aktive Teilnahme an Bürgermedien zu fördern.

In allen Schulformen wollen wir einen altersgemäßen Medienkompetenzführerschein etablieren. Den gesetzlichen Auftrag der Landesanstalt für Medien und des WDR für diese Aufgabe werden wir weiter stärken. Beide sind wichtige Partner für NRW.

Medienkompetenz zu vermitteln ist das eine, der technische Zugang das andere. Für uns ist der Zugang zum Internet ein wichtiger Baustein zur Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen und zur Meinungsbildung. Wir werden im Dialog mit den Anbietern der Infrastruktur zu verbindlichen Verabredungen kommen, damit unser Land nicht in Regionen mit schnellem Breitband und gänzlich unversorgte Regionen zerfällt. Jedem und jeder muss ein Basiszugang zur Verfügung gestellt werden. Das sichert Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Das Internet ist für uns ein dynamischer Baustein gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und persönlicher Chancen und Veränderungen. In den neuen Medien entwickeln sich kreative Unternehmen, es entstehen neue Arbeitsplätze. Die Möglichkeiten direkter Teilhabe und Teilnahme mit und über das Netz nehmen ständig zu. Wir sind offen für den Wandel, begleiten und fördern ihn. Wir wollen einen landesweiten Kreativ-Pakt einrichten, der regelmäßig aktuelle politische Fragen der Kreativwirtschaft diskutiert.
Wir wollen auf den Erfolg der Filmstiftung aufbauen und sie zu einer integrierten Förderinstitution der Kreativwirtschaft weiterentwickeln.

In Nordrhein-Westfalen sind die Schlüsselbranchen herausragend vertreten. Dazu gehört die Telekommunikationsbranche. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir die Chance für Wachstum, Innovation und neue Arbeitsplätze suchen.
Auch Hersteller von Computerspielen sind inzwischen in NRW eine wichtige Branche, um deren Förderung wir uns bemühen.

Die Entwicklung von freier Software und Open-Source-Produkten stellt einen besonderen gesellschaftlichen Innovationsprozess dar. Wir wollen die Verbreitung von freier Software und freiem Wissen fördern. Durch öffentliche Förderung generierte Forschungsergebnisse müssen den Bürgerinnen und Bürgern unter öffentlichen Lizenzen zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen neue Lizenzverfahren wie Creative Commons oder GNU General Public License (GPL).

Wir werden uns in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, dass Inhalte, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Sinne seines Auftrags aus Gebühren produziert hat, den Gebührenzahlern über das Internet, z.B. in Mediatheken, zeitlich unbeschränkt und kostenfrei verfügbar gemacht werden können. Die Grundversorgung kann nicht auf bestimmte Typen von Empfangsgeräten wie TV

oder Radio beschränkt sein. Sie muss den veränderten Nutzungsbedingungen angepasst werden.

Die Rechte der Nutzer sichern
Unsere Vision eines sozial und digital vernetzen Zusammenlebens ist nicht vereinbar mit einer Präventiv- und Überwachungsgesellschaft, wie sie in den letzten Jahren propagiert worden ist. Das Internet ist schon jetzt kein rechtsfreier Raum. Das Recht auf Privatsphäre muss auch dort geschützt sein. Wir brauchen aber keine Internetsperren, sondern eine effektivere Strafverfolgung, z.B. durch eine verbesserte Personaldecke der Strafverfolgungsbehörden.

Im Rahmen der Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) muss das berechtigte Ziel des Jugendschutzes in einen Einklang mit den Sorgen der Anbieter und Nutzer gebracht werden, die insbesondere frühere Entwürfe als realitätsfremd ansahen. Die NRWSPD wird sich aktiv an der Weiterentwicklung des JMStV beteiligen um einen Ausgleich zwischen allen Interessensgruppen zu erreichen. Hierbei ist es selbstverständlich - und bedarf keiner gesonderten Regelungen - dass die freie und unzensierte Struktur des Internets nicht beeinträchtigt werden darf und für verbotene Inhalte das Gebot "Löschen statt Sperren" gilt.

Wir wollen die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in Nordrhein-Westfalen stärken. Hierfür werden wir die personelle und materielle Ausstattung der Institution sicherstellen und wirksamere Sanktionierungsmöglichkeiten für Datenschutzvergehen schaffen.

Betriebliche Datenschutzbeauftragte brauchen, ähnlich wie die Betriebsräte, einen stärkeren arbeitsrechtlichen Schutz und Rechte, die über den Kündigungsschutz hinaus gehen.

Wir wollen eine datenschutzfreundliche Verbraucherschutzpolitik umsetzen. Dazu gehört es, verpflichtende Opt-In Verfahren zu etablieren, d.h. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aktiv zustimmen, wenn sie damit einverstanden sind, dass ihre persönlichen Daten für Auswertungen oder Werbezwecke gespeichert und weitergebenen werden dürfen.

Wir wollen, dass Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben wird und die Zugangsprovider darüber verpflichtet werden, ihren Kunden Inhalte diskriminierungsfrei durchzuleiten.

Neues Regieren
Wenn Sozialdemokraten in NRW wieder regieren, werden wir eine offene partizipative und transparente Landesregierung und –verwaltung sein. Durch die kostenfreie Bereitstellung öffentlicher Daten und Informationen in maschinenlesbaren offenen Formaten wollen wir das Zusammenwirken des Landes mit seinen Bürgern im Rahmen einer Open Government-Initiative auf eine neue Stufe heben.

Wir werden dadurch zu neuer Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln kommen, damit die Öffentlichkeit die Arbeit ihrer Regierung und Verwaltung besser nachvollziehen, weiterverarbeiten, analysieren und bewerten kann.

Wir werden dadurch die Partizipation fördern und wollen gut informierte Bürger und gesellschaftliche Institutionen so in die Gestaltung unserer Demokratie und ihrer Institutionen einbeziehen, von Ihnen Verbesserungsvorschläge aufnehmen und Innovationen beisteuern lassen.

Wir wollen so die Zusammenarbeit mit und in der öffentlichen Verwaltung effizienter gestalten. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Behörden auf allen Ebenen und in Partnerschaft und Kooperation mit externen Einrichtungen setzt die Bereitstellung von Informationen und Daten in offenen und verarbeitungsfähigen Formaten voraus.

Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit werden wir für alle landespolitischen Initiativen als Richtschnur verstehen und in der konkreten Ausgestaltung berücksichtigen.

Wir wollen in der Staatskanzlei im Range eines Staatsekretärs oder als Minister mit besonderen Aufgaben einen „Chief Technology Officer“ einsetzen, der die Querschnittsaufgabe des E-Governments übernimmt und gesellschaftliche Debatten über den Umgang mit und im Netz mit gestaltet. Wir werden regelmäßig Wettbewerbe durchführen, bei denen Entwickler unter Verwendung öffentlich bereitgestellter Daten Applikation erstellen, die zu Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit beitragen.

VII. Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen

Kommunale Demokratie stärken

Nirgendwo wird Politik so unmittelbar wahr genommen wie in unseren Kommunen. Sie sind für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägen den Alltag der Menschen. In den Städten, Gemeinden und Kreisen gestalten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Politik vor Ort. Nah bei den Menschen schaffen wir die Bedingungen guter Lebensqualität, stellen uns den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, zeigen Perspektiven für eine gute Stadtentwicklung auf. Wir kämpfen für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit vor Ort.

Heute und künftig kommt es weiter darauf an, unsere Städte, Gemeinden und Kreise bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu unterstützen.

In einem Land mit der Größe und Bevölkerungsdichte Nordrhein-Westfalens ist eine funktionstüchtige Mittelinstanz unverzichtbar. Deshalb halten wir an den bewährten fünf Bezirksregierungen an ihrem jeweiligen Amtssitz fest. Wir werden ihren Wandel von der klassischen Aufsichtsbehörde zur modernen Beratungsinstanz als Partner der Kommunen aktiv fördern. Die beiden Landschaftsverbände leisten einen herausragenden Beitrag zur sozialen und kulturellen Qualität der Regionalpolitik in unserem Land. Deshalb halten wir an ihnen fest.

Zu einer lebendigen kommunalen Demokratie gehört für uns auch, die starre Einteilung in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben der Gemeinden zu überprüfen. Diese Unterscheidung ist zumindest in den Bereichen fragwürdig, in denen strukturschwache Gemeinden auf präventive Ausgaben verzichten müssen, die das Entstehen wesentlich höherer Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben verhindern würden, z.B. in der Jugendhilfe oder bei Investitionen zur energetischen Sanierung, die zu einer Entlastung bei pflichtigen Aufgaben führen.

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gehört auch eine profilierte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Wir haben dem Ruhrgebiet mit dem Regionalverband (RVR) einen modernisierten regionalpolitischen Rahmen gegeben.
Das Ruhrgebiet muss seinem Anspruch Metropolregion zu sein, gerecht werden. Deshalb sind wir bereit, einvernehmlich das RVR-Gesetz zu optimieren. Hierzu zählt für uns selbstverständlich auch die Stärkung von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Die SPD-geführte Landesregierung wird die kommunale Demokratie in Nordrhein-Westfalen wieder stärken. Deshalb werden wir einen Kommunalrat einführen, dem kommunale Mandatsträger, Hauptverwaltungsbeamte und die kommunalen Spitzenverbände angehören. Dieser Kommunalrat soll bei allen Gesetzesvorhaben und Verordnungen mitwirken, die die Kommunen betreffen und ein Initiativrecht dem Landtag gegenüber besitzen.

Wir werden die Stichwahl für die kommunalen Personenwahlen wieder einführen. Wir werden eine gerichtsfeste Sperrklausel für kommunale Vertretungen einführen. Wir werden dafür sorgen, dass die Bürgermeister-, Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen wieder an die Kommunalwahlen gekoppelt werden. Grundsätzlich treten wir für die Zusammenlegung von Wahlterminen ein, um Kosten niedrig zu halten und eine hohe Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

Kommunalfinanzen in Ordnung bringen

Die finanzielle Situation einer Vielzahl nordrhein-westfälischer Kommunen hat dramatische Züge angenommen. Durch die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF) wird der ganze Umfang der Dramatik deutlich: Die ersten Großstädte sind bereits überschuldet, viele weitere Kommunen werden in den nächsten Jahren trotz ihrer Sparanstrengungen folgen – mit verheerenden Konsequenzen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Dies ist nur zum Teil auf die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise zurück zu führen. Insbesondere die strukturelle Entwicklung in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes dokumentiert, dass die Finanzausstattung der Kommunen unzureichend ist. Mittlerweile ist wissenschaftlich belegt, dass die Kommunen in NRW seit Jahren schlechter gestellt sind als die in anderen Bundesländern. Die Auswirkungen verschiedener Fehlentwicklungen wie die Überlastung mit Sozialausgaben treffen insbesondere die größeren Städte in NRW. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Abwälzung zahlreicher Lasten und das ungerechtfertigte Einbehalten von für die Kommunen bestimmten Geldern die Lage verschärft.

Wir werden die angemessene Finanzausstattung der Kommunen in der Landesverfassung verankern.
Wir wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen in NRW auf Dauer durch die verfassungsrechtliche Garantie (§28, Art. 2 GG) einer angemessenen an den Aufgaben der Kommune orientierten Finanzierung absichern. Dazu wird eine SPD geführte Landesregierung eine Initiative zur Änderung der Artikel 78, 79 Landesverfassung NRW ergreifen“

Ohne eine solche Garantie lehnen wir eine Schuldenbremse in der Landesverfassung strikt ab. Der Zwang zum Verzicht auf Schulden würde, bei einer ungesicherten Einnahmebasis, in absehbarer Zeit nur auf Sozialabbau hinauslaufen.

Wir werden verhindern, dass Städte und Gemeinden in ihrer Finanzausstattung weiter geschwächt werden. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass rasch eine Lösung für das Problem ihrer Altschulden gefunden wird.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere Kommunen. Sie muss ohne Wenn und Aber erhalten und in der Basis verbreitert werden. Wir machen uns für eine Entlastung der Kommunen durch die Verbreiterung der Gewerbesteuerumlage stark. Längerfristig muss die Gewerbesteuer in ein umfassendes, flexibles und sozialverträgliches kommunales Finanzsystem eingebettet werden.

Wir garantieren die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Eine weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen, ohne die Bereitstellung der finanziellen Mittel, wird es mit uns nicht geben.

Wir legen einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auf, der überschuldeten Gemeinden zugute kommt. Ziel des Paktes ist es, die betroffenen Gemeinden von Zinszahlungen zu entlasten, um jetzt notwendige Investitionen zu ermöglichen. Diese Hilfe zur Selbsthilfe soll dazu beitragen, dass Kommunen wieder ausgeglichene Haushalte beschließen können.

Wir setzen uns dafür ein, hoch verschuldete Städte von Ausgaben für den Solidarfonds zu entlasten, damit dort die Haushalte konsolidiert werden können.

Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Neuordnung des Systems der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft gemäß SGB II stark machen. Das bisherige Berechnungsverfahren führt zu einer klaren Benachteiligung der Kommunen und muss dringend zu ihren Gunsten überarbeitet werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit dem Investitionsprogramm „Soziale Stadt“ dafür Sorge zu tragen, dass auch im Westen Deutschlands Stadtregionen nicht zu Armutsinseln verkommen und Investitionen im sozialen Sektor möglich werden.

Voraussetzung für die beschriebenen entlastenden Hilfen des Landes ist das Grundprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Deshalb erwarten wir von den Kommunen, die in den Genuss der entlastenden Finanzhilfen des Landes kommen wollen, eine seriöse Haushaltspolitik.

Wir werden uns außerdem nachhaltig dafür einsetzen, dass kommunale Unternehmen auch weiterhin nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik

Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten unseres Landes lassen insbesondere nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in den nächsten Jahren keinen Spielraum für verfehlte und teure Wahlversprechen wie die schwarz-gelben Steuersenkungen auf Pump der Bundesregierung. Für uns Sozialdemokraten ist klar:

Künftige Generationen dürfen nicht für unseriöse Wahlversprechen und rücksichtsloser Klientelpolitik in Haftung genommen werden.

Wir werden uns dem verantwortungslosen Steuersenken des Bundes zu Lasten von Ländern und Kommunen mit aller Macht entgegen stellen. Sinnlose Steuersenkungen sind Beraubungen der Bürger, weil sie auf die Kürzung von Leistungen hinauslaufen, auf die diese angewiesen sind. .
Für uns Sozialdemokraten gilt: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb setzen wir uns für eine Vermögenssteuer ein. Unabhängig davon soll ein zweiprozentiger Aufschlag auf den Steuersatz für Spitzenverdiener zweckgebunden den gleichen Zugang zu Bildungschancen für Alle ermöglichen. Wir sprechen uns gegen eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes aus.

Durch spekulative Investitionen und unverantwortliches Profitstreben wurde eine gewaltige Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht. Diejenigen die für diesen Zustand verantwortlich sind, wollen wir durch eine moderate Börsenumsatzsteuer auf den Handel mit Wertpapieren an der Beseitigung der finanziellen Folgen dieser Krise beteiligen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Länder und damit auch NRW einen festen Anteil am Aufkommen aus dieser neuen Steuerart erhalten.

Bei jeder staatlichen Hilfe für einzelne Banken muss das Prinzip ‚Keine Leistung ohne Gegenleistung' strikt beachtet werden. Eine angemessene Beteiligung des Finanzsektors an den staatlichen Kosten zur Krisenbekämpfung ist sicher zu stellen. Dort wo einzelne Banken durch individuelles Fehlverhalten von Bankvorständen, Beratern oder sonstigen Verantwortungsträgern in Not geraten sind, muss dieses Fehlverhalten auch konsequent juristisch verfolgt und geahndet werden.

Vor dem Hintergrund von Einnahmeeinbrüchen des Staates und wachsender Staatsverschuldung ist es für uns daneben wichtig, die vorhandenen finanziellen Ressourcen zielgenau und nachhaltig zu nutzen. Wir wollen in die Zukunft der nächsten Generationen investieren. In Bildung und Betreuung, aber auch in den Klimaschutz und die Erforschung neuer Technologien.

CDU und FDP orientieren sich nicht an der Wirklichkeit. Die Ergebnisse ihrer Politik zeigen, dass man nicht im selben Atemzug niedrigere Steuern, den Abbau von Schulden, mehr Lehrer, mehr Polizisten und zusätzliche Förderprogramme versprechen kann. Nordrhein-Westfalen steht heute schlechter da als 2005. Mit ihrer Finanzpolitik hat diese Landesregierung viele Kommunen an den Rand des Ruins gebracht.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen starke öffentlich-rechtliche Institute im Finanzsystem. Unsere Sparkassen haben sich in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise als Ort von Stabilität und Seriosität erwiesen. Leistungsfähige, dem Gemeinwohl verpflichtete Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind unverzichtbar für unsere Kommunen. Sie fördern das ehrenamtliche Engagement im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich und sind starker und zuverlässiger Partner des Handwerks und der klein- und mittelständischen Unternehmen vor Ort.

Für die größte und wichtigste Landesbeteiligung, die Westdeutsche Landesbank (WestLB) muss endlich ein zukunftsfähiges und tragfähiges Geschäftsmodell gefunden werden. Bereits zu viel Zeit ist durch (partei)politisch motiviertes Taktieren

vertan worden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat es verpasst, eine aktive und führende Rolle im bundesweiten Konsolidierungsprozess der deutschen Landesbanken zu übernehmen.

Auch für die Sparkassen als Miteigentümer der WestLB müssen weitere finanzielle Belastungen verhindert werden. Deshalb ist für uns Sozialdemokraten klar, dass eine WestLB alleine keine Zukunft im öffentlich-rechtlichen Bankensystem hat. Auf der Grundlage der Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission muss die WestLB daher in einen Fusionsprozess hineingeführt werden, an dessen Ende bundesweit eine Landesbank stehen soll.

Wir werden zur Umsetzung dieses Zieles mit den Eigentümern der sechs weiteren Landesbanken in Deutschland Gespräche aufnehmen und in bewährter Zusammenarbeit mit den Sparkassen eine Lösung für die öffentlich-rechtlichen Landesbanken erreichen. Wichtig ist: Dieser Fusionsprozess darf nicht zum Einfallstor für Privatisierungen der öffentlich-rechtlichen Landesbanken und der Sparkassen werden.

Der Staat als Partner der Bürger

Unser Konzept heißt „Partner Staat“. Es steht für den richtigen Weg zwischen „Privat vor Staat“ und „Staat statt Privat“. Denn: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat und nur die Reichen einen armen Staat leisten. Alle anderen brauchen einen Staat, der gute Schulen, moderne Infrastruktur und funktionierende öffentliche Sicherheit bietet. Für uns ist der aktivierende, gestaltende und partnerschaftliche Staat ein unverzichtbares Instrument der sozialen Demokratie. Er muss die Kultur der sozialen Verantwortung und das bürgerschaftliche Engagement fördern und allen Bürgerinnen und Bürgern gleichen Zugang zu den grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge ermöglichen.

Staatliche Daseinsvorsorge ist für uns nicht privatisierbar. Deshalb müssen Wasserver- und Abwasserentsorgung, Personennahverkehr und die Hausmüllentsorgung in öffentlicher Verantwortung garantiert bleiben. In der Energieversorgung brauchen wir unsere Stadtwerke, um öffentliche Verantwortung durch mehr Wettbewerb zu garantieren. Menschen und Unternehmen erwarten von der Daseinsvorsorge ein breites Spektrum an Leistungen von hoher Qualität zu erschwinglichen Preisen. Die Kommunen haben gezeigt, dass am Gemeinwohl orientierte Dienstleistungen für jeden Menschen zur Verfügung stehen und diese auch flächendeckend erbracht werden. Es kann nicht sein, dass unsere Städte und Gemeinden nur noch bloße Standorte privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzieller Sport- und Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen werden. Wir stehen für eine Politik, in der auch öffentliche Unternehmen rentabel arbeiten können.

Wohnen braucht Sicherheit

Die derzeitigen gesetzlichen Einwirkungsmöglichkeiten sind, wie auch Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit gezeigt haben, keineswegs ausreichend, um betroffenen Mietern den notwendigen Schutz zu geben.

Die Beschneidung der Mieterrechte durch die schwarz-gelbe Landesregierung, der Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit ihren 93.000 Wohnungen an internationale Immobilienspekulanten und die Auflösung des

Landeswohnungsbauvermögens haben den Wohnungsmarkt in NRW massiv verändert und die Situation für Mieterinnen und Mieter, gemeinwohlorientierte Vermieter und die Kommunen verschlechtert.

Der von der jetzigen Landesregierung betriebene Ausverkauf im sozialen Wohnungsbau hat zu steigenden Mieten gerade dort geführt, wo die Einkommen besonders niedrig sind. Internationale Immobilienspekulanten vernachlässigen ihre Wohnungsbestände und sind für Städte und Mieter nicht ansprechbar. Ganze Quartiere verfallen. Eine steuernde Wohnraumpolitik ist nicht mehr möglich. Das werden wir ändern.

Wir werden Mieter schützen und den Wohnungsmarkt gestalten:

▶ Wir stehen an der Seite des Mieterbundes und seiner Vereine, um unsoziale Eingriffe im Mietrecht abzuwenden und rückgängig zu machen. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Kündigungssperrfristverordnung und die konsequente Anwendung des Wohnungsgesetzes NRW ein. Die im Bund geplante Änderung der Kündigungsfristen lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für einen besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Immobilienspekulanten ein.

▶ Wir stärken die Kommunen. Sie brauchen wirksame Instrumente, um den Wohnungsmarkt zu gestalten. Wir führen die Belegungsbindungsverordnung wieder ein und werden über Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens den Kommunen ein Instrument in die Hand geben, mit dem sie in den Quartieren Vermieter zu Investitionen motivieren können. Sonderfonds bei der NRW.Bank und beim Bund sollen ermöglichen, dass die Wohnungen der Immobilienspekulanten aufgekauft werden können. Wir werden die Kommunen bei der Erstellung von Wohnraumkonzepten auch finanziell unterstützen, denn diese sind die Basis für gute Arbeit in den Kommunen.

▶ Wir werden den sozialen Wohnungsbau stärken und ihn zukunftsfähig machen. Wir sorgen für eine sichere Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus, denn wir brauchen mehr und nicht weniger Sozialwohnungen. Die Wohnungen müssen energetisch saniert, Barrieren müssen beseitigt werden.

▶ Mit uns bleibt Wohnen bezahlbar. Energetische Sanierung darf für Mieter und Vermieter nicht zum Verlustgeschäft werden. Damit die steigenden Mieten nicht die Einsparungen für Energie auffressen, verbessern wir die Fördermöglichkeiten durch das Land und setzen uns dafür ein, dass die Abschreibungsmöglichkeiten im Bund angepasst werden.

▶ Wir stärken soziale Vermieter in den Quartieren. Mit einer Stiftung "Wohnungs- und Städtebau NRW" werden wir die Arbeit gemeinwohlorientierter Vermieter unterstützen. Diese Stiftung soll Maßnahmen fördern, die das Wohnumfeld stärken und so die Investitionen der Vermieter in die Wohnungsbestände ergänzen.

Stadt und Land – neue Allianz für die Zukunft

Die SPD will die Allianz von Stadt und Land stärken: Wer eine gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch die Lebensqualität und die

Perspektiven von jungen Menschen, von Familien sowie der älteren Generation fördern und die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum sichern. Die SPD steht für eine Politik, die die Landwirtschaftspolitik in eine „Politik für die ländlichen Räume“ integriert.

Die EU-Agrarpolitik wird ab 2013 sich stärker am Markt orientieren und ihr werden insgesamt weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die Landwirte in NRW müssen sich dann dem internationalen Wettbewerb stellen. Die Liberalisierung der Agrarmärkte darf aber keinesfalls dazu führen, dass die landwirtschaftliche Produktion in den benachteiligten Regionen unseres Landes gefährdet wird. Denn dann wären zugleich die Leistungen der Landwirte für den Erhalt von Natur und Landschaft und zum Schutz der Umwelt nicht mehr gewährleistet. Diese Leistungen müssen wir im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Agrarpolitik künftig stärker entlohnen.

Dazu muss die so genannte „Zweite Säule“ des EU-Agrarfonds gestärkt werden, um in Zukunft Programme für eine multifunktionale, flächendeckende und umweltfreundliche Landbewirtschaftung bezahlen zu können. Eine Möglichkeit dafür ist die schrittweise verstärkte Modulation der Direktzahlungen der EU-Agrarhilfen. So können die Landwirte ihre Aufgabe und Funktion erfüllen, die Menschen mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen und als Heger und Pfleger der Landschaft zu wirken.

Ländliche Räume sind in weiten Teilen Naturräume oder naturnahe Räume. Daraus ergeben sich besondere Anknüpfungspunkte für die wirtschaftliche Entwicklung. Die in Nordrhein-Westfalen vorzufindenden Kulturlandschaften, Naturdenkmäler oder Waldgebiete bieten verschiedenste Möglichkeiten, um Wertschöpfungsketten/Cluster zu entwickeln, die an diese Naturräume und deren Rohstoffe anknüpfen.

Die SPD wird in ihrem Programm "Stadt und Land – eine Allianz für die Zukunft" mehrere Bereiche mit besonderem Entwicklungspotenzial identifizieren.

▶ Die ländlichen Räume haben im Bereich Tourismus besondere Chancen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die Nähe zu den Ballungszentren besteht generell ein großes Nachfragepotenzial. Deshalb müssen die Kulturlandschaften und die touristische Infrastruktur erhalten und entwickelt werden.

▶ In den ländlichen Räumen erschließen sich für die erneuerbaren Energien zahlreiche Möglichkeiten. Die Gewinnung und Nutzung der unterschiedlichen Formen von Biomasse zur Energiegewinnung eröffnen für die ländliche Räume neue Felder der regionalen Wertschöpfung.

▶ In den ländlichen Räumen werden die Rohstoffe für die Ernährungswirtschaft von NRW produziert. Wir fordern eine Initiative, die Landwirtschaft, Ernährungshandwerk und Lebensmittelindustrie stärker verzahnt und so ein NRW-Netzwerk "Ernährung" schafft. Dabei soll die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regional erzeugter Agrarprodukte einen besonderen Schwerpunkt bilden. Dies kann durch eine Herkunftsbezeichnung weiter unterstützt werden.

▶ Die Forst- und Holzwirtschaft stellt für NRW einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Dieser Sektor erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 35 Mrd. €. Mit einer weiteren

Ausschöpfung dieser Potenziale lassen sich im ländlichen Raum als auch in der Weiterverarbeitung Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Wer im ländlichen Raum lebt, braucht Perspektiven. Darum müssen wir Modelle zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Infrastruktur (z.B. medizinische Versorgung, Kommunikationstechnologie, Wohnen, Nahversorgung, Mobilität und Ausbildung) erprobt und umgesetzt werden.

Ehrenamt ermöglicht soziales Leben

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die vielfältigen Formen des ehrenamtlichen Engagements fördern, im Sport, in den Kirchen und den Religionsgemeinschaften, im Bereich der Kultur, beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen. Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen kommt eine besondere Rolle bei der Förderung und Einbindung ehrenamtlichen Engagements zu. Jugendverbandsarbeit beispielsweise erfüllt einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag und trägt dazu bei, die Werte der solidarischen Gesellschaft aufrecht zu halten.

In den sozialdemokratischen Bundesregierungen sind, zuletzt mit der Initiative „Hilfen für Helfer“, immer wieder Verbesserungen für ehrenamtlich engagierte Menschen durchgesetzt worden. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Zu einer „Wir-Gesellschaft“ gehört das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es stärkt Demokratie und Zusammenhalt.

Wir wollen eine Kultur der Anerkennung etablieren, um die vielen Ehrenamtlichen zu ermutigen und ihre gesellschaftliche Bedeutung stärker zu etablieren. Darüber hinaus wollen wir den rechtlichen Status engagierter Menschen weiter stärken. Ihre Aktivitäten müssen gegen Risiken und Schadenfälle abgesichert werden.

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen leisten eine hervorragende Arbeit. Sie haben mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient als ihnen unter schwarz-gelb zu Teil wurde. Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist durch nichts zu ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit nehmen zehntausende Freiwillige eine staatliche Aufgabe war. Um die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren angesichts der demografischen Entwicklung zu sichern, wird die neue Landesregierung die Rahmenbedingungen verbessern und eine Kampagne für ein Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren starten, die auch andere Hilfsorganisationen mit einschließen wird. Zusammen mit den Kommunen werden wir einen Einstieg in die Gewährung einer Ehrenrente für jahrelanges Engagement in den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr finden.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Religionen und Religionsgemeinschaften gehören zu NRW. Mit ihren vielfältigen Verbänden und Einrichtungen stärken sie das gesellschaftliche und soziale Leben in unserem Land. Wir bekennen uns zu den in der Landesverfassung festgeschriebenen Grundlagen und Rechten. Wir suchen das Gespräch mit den Religionen und Religionsgemeinschaften und schätzen sie als Kooperationspartner bei gemeinsamen Aufgaben. Ein klarer und in gut nachbarschaftlichem Geist geführter Dialog zwischen den Religionen ist erforderlich. Wir stehen für einen Religionsunterricht, in dem religiöse Tradition mit den Herausforderungen unserer

modernen Gesellschaft konfrontiert wird. Die nichtchristlichen Religionen erhalten die notwendige Unterstützung beim Aufbau ihres Religionsunterrichts.

Gemeinsam gegen Rechts

Wir ächten jede Form von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Und wir dulden nicht, dass unsere Städte und Gemeinden zum Aufmarschgebiet neonazistischer Demonstrationen werden. Wegen der anhaltenden Bedrohung durch den Rechtsextremismus werden wir für unser Land ein Handlungskonzept für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erarbeiten. Dies soll im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Initiativen geschehen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen. Von besonderer Bedeutung ist für uns die Stärkung der politischen Bildungsarbeit, die zur Aufarbeitung und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur unbedingt dazu gehört. Wir setzen uns für ein NPD-Verbot ein und werden dazu eine entsprechende Initiative über den Bundesrat einleiten.

Direkte Demokratie stärken

Wir werden die direkte Demokratie in unserem Land stärken. Wir wollen es den Initiativen – wie in vielen anderen Bundesländern üblich – ermöglichen, die benötigten Unterschriften für ein Volksbegehren frei zu sammeln. Die dafür gesetzte Frist von acht Wochen nach Anmeldung des Begehrens werden wir auf zwölf Wochen ausweiten. Wir werden die Zustimmungshürde bei Bürgerentscheiden nach Gemeindegrößen staffeln.

Wir werden die politische Initiative ergreifen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Dies wird durch eine bessere politische Bildung dieser Altersgruppe flankiert.

Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen

Die Menschen erwarten zu Recht eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, z.B. mit gut ausgebildeten Erzieherinnen in Kindergärten und Schulen, Polizisten und Feuerwehrleuten, die nicht an der Grenze zur Überlastung arbeiten müssen, und eine bürgernahe und effiziente Verwaltung.

In den kommenden Jahren steht der öffentliche Dienst in unserem Land aufgrund seiner demografischen Struktur vor einem großen personellen Umbruch. Die Politik muss die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stärken und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder neue Perspektiven eröffnen. Der Öffentliche Dienst soll der demokratischen Gesellschaft dienen und mit fachlicher Kompetenz, Motivation und Leistungsfähigkeit seine Aufgaben zur Zufriedenheit aller gesellschaftlichen Gruppen erfüllen können. Bausteine hierfür sind die Modernisierung der Verwaltung und ein neues Dienstrecht. Die Personalentwicklung muss selbstverständlich ein integrierter Bestandteil einer modernen Verwaltung sein. Dazu gehört auch die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes. Hierzu ist es erforderlich, verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeit mit Migrationshintergrund einzustellen.

In der Vergangenheit hat der öffentliche Dienst einen großen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zahlreiche Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen erlebt und materielle Einbußen hinnehmen müssen. Trotz steigender Steuereinnahmen hat die schwarz-gelbe Landesregierung den öffentlichen Dienst weiter belastet: Neue Sonderopfer und der Abbau von Mitbestimmungsrechten haben zu großer

Unzufriedenheit, stärkerer Arbeitsverdichtung, gesunkener Motivation und Vertrauensverlust beigetragen. Mit uns wird es keine Kündigungen im öffentlichen Dienst geben.

Mitbestimmung stärken

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit der Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes bis dahin bestehende Mitbestimmungsrechte deutlich eingeschränkt sowie viele Mitbestimmungstatbestände durch Anhörungsrechte ersetzt. Das werden wir rückgängig machen.

Im Dialog mit Personalräten und Gewerkschaften werden wir eine Dienstrechtsreform nach dem Grundsatz "Kooperation statt Konfrontation" auf den Weg bringen. Zentrale Punkte sind für uns dabei die Vereinfachung des Laufbahnrechts und eine Reduzierung der Fachlaufbahnen. Der Wechsel des Dienstherrn und der Wechsel zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und internationalen Organisationen muss erleichtert werden. Bei der Bezahlung soll das Leistungsprinzip neben das Alimentationsprinzip treten. Der Leistungs- und Erfahrungsaufstieg soll das Senioritätsprinzip ablösen.

Wir werden das LPVG novellieren, um zu gewährleisten, dass Personalrat und Dienststellenleitungen sich künftig weder auf Augenhöhe begegnen können.

Wir streben eine Ergänzung der Landesverfassung an, mit der die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auf eine verfassungsrechtlich sichere Grundlage gestellt wird.

In Sicherheit und Freiheit leben

Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen bestmögliche Sicherheit für alle garantieren und die Ausübung individueller Freiheitsrechte für jedermann gewährleisten. Unsere Bürger wünschen sich Freiheit und Sicherheit. Der demokratische Staat des Grundgesetzes bürgt für die Menschen- und Bürgerrechte und setzt sich für die Sicherheit seiner Bürger ein, damit diese Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen können. Das bleibt die Richtschnur sozialdemokratischer Politik für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Die von der SPD-Landtagsfraktion im letzten Jahr vorgelegte gesetzliche Novelle zum Polizei- und Verfassungsschutzgesetz folgt diesem Ziel. Wo den Sicherheitsbehörden neue oder erweiterte Befugnisse zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus oder anderer schwerster Verbrechen zugestanden werden, sind diese vom Bundesverfassungsgerichts genau beschrieben und einer effektiveren richterlichen oder parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Daran wird sich unsere Sicherheitspolitik zuverlässig orientieren, damit Freiheit und Sicherheit in einen zeitgemäßen Ausgleich gebracht werden.

Die gute Tradition sozialdemokratischer Innenpolitik reicht von Herbert Schnoor bis Fritz Behrens. Die schwarz-gelben Landesregierung hat mit ihr gebrochen. Weder die Freiheitsrechte noch das Sicherheitsbedürfnis der Bürger sind in den letzten Jahren in guten Händen gewesen. Lautstarke Parolen gingen Hand in Hand mit konkreter Untätigkeit.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat fünf Jahre lang ihre Inkompetenz und Ignoranz in der nordrhein-westfälischen Innenpolitik unter Beweis gestellt. Mit der

Novelle des Verfassungsschutzgesetzes ist sie vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gescheitert, weil sie die Bürger- und Freiheitsrechte in Gefahr gebracht hat. Statt das Verbrechen zu bekämpfen, bekämpft sie die Polizei und vor allem: Es gibt in NRW nicht mehr, sondern weniger Polizei als unter der letzten rot-grünen Landesregierung. Wir stehen für eine Innenpolitik, die die Sicherheit und die Freiheit der Bürger schützt. Wir werden der Polizei neue Perspektiven bieten, indem wir den Personalabbau stoppen, ein Konzept zur Alterstrukturentwicklung erarbeiten und ein modernes Gesundheitsmanagement einführen. Wir werden aber auch die Transparenz und Nachprüfbarkeit polizeilichen Handelns verbessern. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen leistet hervorragende Arbeit. Ihre Arbeit verdient Respekt und Anerkennung. Die Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht zu Lückenbüßern und Prügelknaben für das Versagen gesellschaftlicher Institutionen werden. Gewalt gegen Polizeibeamte verfolgen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln.

Somit vernachlässigte Schwarz-gelb beides: Die Kontrolle staatlicher Macht, die die Einhaltung und Ausgestaltung der Freiheitsrechte erst garantiert und die aus unserer Verfassung abzuleitende Schutzpflicht des demokratischen Staates gegenüber hochwertigen Rechtsgütern.

Die neue sozialdemokratische Landesregierung wird die bewährte sozialdemokratische Innenpolitik fortsetzen. Wir folgen der Einsicht: „Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit geworden. Aber die Behauptung ist falsch.“ (K. R. Popper) Die Leitlinie unserer Politik lautete Freiheit und Sicherheit.

Innere Sicherheit gehört für uns unverzichtbar zur sozialen Sicherheit. Die Menschen haben ein Recht auf und die Pflicht zur Gewaltfreiheit. Sinkende Fallzahlen in der Kriminalstatistik nutzen nichts, wenn das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu objektiven Änderungen im Verhalten führt. Wir finden uns nicht damit ab, dass in Nordrhein-Westfalen Angsträume entstanden sind.

Wir setzen auf den Dreiklang von Prävention, der konsequenten Verfolgung von Straftaten und den Opferschutz. Gerade in der Mediengesellschaft fokussieren wir zu stark auf die Täter und verlieren die Opfer von Straftaten leicht aus den Augen.

Wir werden ein zukunftsorientiertes Sicherheitskonzept entwickeln, in dem keine rechtsfreien Räume geduldet werden, mit dem neue Kriminalitätsfelder besser ausgeleuchtet und die Kriminalität wirksamer bekämpft werden kann.

Wir wissen: Gute Polizeiarbeit bedeutet Bürgernähe und Präsenz auf der Straße. Diese ist in der Vergangenheit vernachlässigt worden und ist im Rahmen von polizeistrukturellen Reformen zu verbessern. Für uns gibt es in der Innenpolitik jedoch kein „Privat vor Staat“. Deswegen lehnen wir eine Wachpolizei ab, die den Weg in die Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistungen ebnet. Sicherheit darf kein käufliches Gut werden. Genau so wenig wird es mit uns einen Weg in den Überwachungsstaat geben, wie ihn die CDU gehen will. Die totale Erfassung und Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern schafft nicht mehr Sicherheit sondern sorgt für mehr Unsicherheit und Misstrauen gegenüber dem demokratischen Staat. Den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu polizeilichen Zwecken lehnen wir entschieden ab. Zum Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall oder zur technischen Hilfe bei schweren Unglücksfällen ist die Bundeswehr seit Jahrzehnten

unerlässlicher und verlässlicher Partner aller im Bevölkerungsschutz tätigen Organisationen und Behörden.

Wir werden das Vertrauen in eine demokratische und freiheitliche Politik der inneren Sicherheit wieder stärken.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Justiz wieder angemessen personell ausstatten, damit niemand durch überlange Verfahrensdauern abgeschreckt wird, seine Rechte zu verteidigen. Gerade im Bereich des Jugendstrafrechts gilt es, die Verfahrensdauern massiv zu verkürzen. Hier steht der erzieherische Aspekt im Vordergrund. Dies kann nur dann funktionieren, wenn der Tat nach angemessener Zeit die Sanktion folgt. Wir brauchen eine neue Qualität der Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Strafverfolgung. Deshalb wollen wir ein „Haus des Jugendrechts“ schaffen. Dies ist entscheidend, um vorbeugend in die gezielte erzieherische Förderung und Begleitung von Jugendlichen zu investieren, bei denen nur eine relativ kleine Gruppe von Intensivtätern das Gros der Straftaten verursacht.

Zur Entlastung der Gerichte werden wir außerdem die außergerichtliche Streitschlichtung stärken.

Wir stehen für eine strikte Trennung der Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten und eine wirksamere, parlamentarische Kontrolle.

Das ansatzlose Scannen von Kfz-Kennzeichen und andere automatisierte Identifizierungsverfahren, z.B. flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.

Rauchmelder helfen Brände besser und schneller zu bekämpfen. Sie retten nachweislich Leben. Deshalb werden wir eine allgemeine Pflicht zur Installation von Rauchmeldern in Privatwohnungen einführen.

Innere Sicherheit aber ist mehr als Polizei und Justiz. Wir müssen wieder eine Wir-Gesellschaft werden, in der hingesehen wird, in der man füreinander einsteht. Statt viel Geld in die wirtschaftliche Jugendhilfe zu investieren, wenn Jugendliche straffällig werden, müssen wir durch gute Bildung und Ausbildung dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche den richtigen Weg einschlagen. Deshalb werden wir auch den Landesjugendplan wieder um 20 Millionen Euro aufstocken, um damit die offene Jugendarbeit zu stärken und weiter zu entwickeln.

NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt

NRW liegt im Herzen Europas und Europa liegt der SPD besonders am Herzen. Seit 1951 haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus unserem Land den europäischen Einigungsprozess entscheidend vorangebracht – von der Montanunion bis zur EU 27, von der Mitbestimmung, dem Ausschuss der Regionen bis zur Kulturhauptstadt Ruhr2010. Namen wie Heinrich Imig, Katharina Focke oder Johannes Rau stehen für diese Tradition. Die SPD bleibt an der Spitze derer, die grenzüberschreitend und nachbarschaftlich die Politik gestalten und nach dem Prinzip „miteinander arbeiten und voneinander lernen“ dauerhaften Frieden und eine solidarische Gesellschaft durchsetzen.

Mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 wurden die Demokratie und speziell die Beteiligungsrechte der Länder an den Entscheidungen der Europäischen Union

gestärkt. Wir wollen auf Grundlage der Subsidiarität die Interessen Nordrhein-Westfalens in Europa vertreten und unser gemeinsames Europa sozial gestalten. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unserem Interesse liegt.

Wir werden und dafür einsetzen, dass diese erstmals im Lissabonvertrag ausgewiesenen stärkeren Rechte der kommunalen Selbstverwaltung konsequent weiterentwickelt werden. Wir werden uns für weitergehende grenzübergreifende regionale und kommunale Verbünde gerade in den Grenzregionen unseres Landes einsetzen.

NRW ist mit 18 Millionen Einwohnern größte Region Europas. Unser Land ist erfahren in den Herausforderungen des Strukturwandels und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Erfahrungen bringen wir in den europäischen Gestaltungsprozess ein.

Die Europäische Regional- und Strukturpolitik für die Zeit nach 2014 wird in den nächsten Jahren vorbereitet und bis 2013 auch beschlossen werden. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ihre Verantwortung wahrnehmen und mit eigenen Vorschlägen auf Basis nordrhein-westfälischer Interessen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess eingreifen.

Die von der jetzigen Landesregierung nach der Öffnung der früheren Förderkulisse eingeführte Wettbewerbsstruktur hat sich als uneffizient und unstrukturiert erwiesen.

Die Förderung nach dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) muss für die kommende Periode zwei Zielvorgaben wieder stärker beachten: Einerseits muss der Ausgleich regionaler Disparitäten und Strukturwandelprozesse wieder stärker in den Fokus genommen werden. Anderseits muss das nachhaltige Schaffen von Arbeitsplätzen in zukünftigen Leitmärkten wieder einen größeren Raum einnehmen. Daher bietet es sich an, die NRW zur Verfügung gestellten Mittel paritätisch auf zwei Leitprogramme zu übertragen. Dieser Übertragung müssen mehrere Kriterien zugrunde gelegt werden. Indikatoren wie Armut oder Arbeitslosigkeit sollen zur Beurteilung herangezogen werden.

Europa und NRW können viel voneinander lernen. Wir kämpfen für ein hochwertiges Beschäftigungsniveau, ein großes Maß an sozialem Schutz - gegen soziale Ausgrenzung. Die Schaffung eines sozialen Europas, in dem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert werden, ist unser Ziel. Dabei bleibt die Vielfalt der Kulturen, Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaaten erhalten. Dies muss nicht zuletzt auch für politische und wirtschaftliche Besonderheiten der Mitgliedsstaaten gelten, etwa im Bereich der öffentlichen rechtlichen Sparkassen in Deutschland.

Eine-Welt-Politik gestalten

Unser Land NRW kann auf eine lange Tradition des entwicklungspolitischen Engagements verweisen. Wir werden die historischen Leistungen des Landes für die Eine Welt fortführen und vertiefen. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns hohe Priorität, insbesondere angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Globale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung sind nach unserer Auffassung eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts des Landes NRW. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen im Sinne der Nachhaltigkeit auch an entwicklungspolitischen Vorstellungen gemessen werden.

Die bisherigen Erfahrungen der entwicklungspolitischen Bildung und des Globalen Lernens sind in die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu wenig integriert. Dies muss fester Bestandteil aller Bildungseinrichtungen werden.
Auch unser Handeln in NRW – als einem der wichtigsten Wirtschaftszentren in Europa – bestimmt mit, wie sich die Welt künftig entwickeln wird. Wir wollen deshalb das zivilgesellschaftliche Engagement in NRW wieder mehr unterstützen. Mit Kommunen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaft wollen wir in einen Dialog eintreten, um ein neues Konzept „Nachhaltiges NRW“ zu erarbeiten und die Umsetzung zu ermöglichen. Die Menschen mit Migrationshintergrund in NRW sind uns dabei ein wichtiger Dialogpartner.

Den fairen Handel gilt es zu stärken. Jeder kann dazu beitragen. Mit dem Kauf von fair gehandelten Produkten wie Kaffee, Obst oder auch Textilien gibt man den Menschen im Süden eine wirkliche Chance, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und Unabhängigkeit zu erlangen. Hilfe zur Selbsthilfe muss daher das Ziel unserer Politik sein. Darüber hinaus setzen wir uns generell für faire Handelsbeziehungen vor allem mit den ärmeren Entwicklungsländern ein.

Wir sind stolz darauf, dass Bonn Standort wichtiger UN-Organisationen geworden ist. Wir werden uns für Bonn als Deutsches Nord-Süd-Zentrum einsetzen.

In NRW den Wechsel wählen

Mit einem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen setzen wir ein Zeichen in der Bundesrepublik. Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird die – teils durch unsinnige Steuersenkungen selbst verschärfte – finanzielle Situation als Argument nutzen, soziale Leistungen des Staates massiv zu kürzen. Nordrhein-Westfalen bildet die mit weitem Abstand meisten Studierenden aus. Die Abschaffung der Studiengebühren wird ein Signal für alle anderen Bundesländer sein. Von Nordrhein-Westfalen wird das Signal ausgehen, dass die Menschen in unserem Land eine Gesellschaft des sozialen Miteinanders wollen.

Aufruf
Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen

Für die Menschen unseres Landes, aber auch der gesamten Bundesrepublik steht viel auf dem Spiel bei der Landtagswahl am 9. Mai.

Zur Entscheidung steht eine für alle Bereiche der Politik folgenschwere Alternative: Wird der Staat, wie schwarz- gelb es will, zunehmend geschwächt durch Kaputtreden und finanzielles Ausbluten oder wird er durch Modernisierung und gesunde Finanzen gestärkt, um seine unverzichtbaren Gestaltungsaufgaben für die Zukunft erfüllen zu können.

Nur ein starkes Ergebnis der SPD in NRW wird für unser Land und für die Bundesrepublik eine zukunftsorientierte Weichenstellung sichern.

Nur eine sozialdemokratische Landesregierung in NRW wird bei uns die Erfüllung der großen politischen Reformaufgaben wie

- der Schaffung guter Arbeit für alle,
- der ökologischen Industrialisierung,
- eines chancengleichen Bildungssystems,
- der Stärkung der Kommunen und
- der Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates

gewährleisten.

Nur eine sozialdemokratische Landesregierung kann dafür sorgen, dass die im Bund gesetzten Rahmenbedingungen nicht zu einer Fortsetzung der neo-liberalen Politik des Staatsschwächung, des Sozialabbaus und des Marktradikalismus führen. Wir werden dem im Bundesrat einen Riegel vorschieben.

Diese große Entscheidung liegt am 9. Mai in den Händen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Für einen leistungsfähigen Staat, für eine Politik für die Menschen

Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Kontakt

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf
Telefon (0211) 13622 – 0
E-Mail: info@nrwspd.de
Internet: www.nrwspd.de
V.i.S.d.P. Bernd Neuendorf, Landesgeschäftsführer